# HUNSRÜCK - FORUM

## Zeitschrift für Demokratie & Frieden

Nr. 9

STAATSANWALT GEGEN "HF"

TREIBSTOFFLAGER RHAUNEN

RECHT des KINDES

DM 2.50

Juli-Sept. '85

# IMPRESSUM

HUNSRÜCK-FORUM
Postfach 451, 654 Simmern, Tel. 06764/ 25 21
REDAKTION:
Kirsten Bühner-Voll (verantwortlich), Helmut Jordan, Michael Jordan, Gerhard Kern, Manfred Schmitz Uschi Jordan, Horst Petry
FREIE MITARBEITER: Uwe Anhäuser, Klaus Gilcher, Reinhard Szcech (James), Wolfgang Bartels,Rüdiger Jakob
FOTOS: Helmut Jordan, Klaus Gilcher, Gerhard Kern, "Giftgas-Initiative
LAYOUT: Uschi Jordan, Helmut Jordan, Manfred Schmitz
AUFLAGE: 1000 Exemplare
ERSCHEINUNGSWEISE: Vierteljährlich; Nr. 10 ab Okt. '85,Redaktionsschluß 7.9.85 !
Nr. 9 Schluß am 7.6.85
DRUCK: Eigendruck im Selbstverl.
KOSTEN: 2,50DM (ab 20 = 2,-DM)
BANKVERBINDUNG: HUNSRÜCK-BANK, Konto-Nr. 110 310 923, BLZ 560 617 44; 6540 Simmern, Bitte Vorkasse bei schriftl. Bestellung. HF kann man abonnieren.


* Bei namentlich gekennzeichneten Artikeln übernimmt der Autor die Verantwortuzng & Haftung, und gibt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder !


TITELFOTO: Helmut Jordan


# INHALT


Alle Räume fotografiert ..... 2
"Politische Aktion" mit juristischen Mitteln gegen HF ..... 3- 6
Man ermittelt mal wieder! ..... 7
Drei Briefe ..... 8- 9
Jägerspiele im Soon ..... 10
Ökologische Folgen kontra Cruise Missiles ..... 11-12
Wasserwerfer in Bitburg - Blitzlichter in Mutlangen ..... 12-13
Berufliche Not junger Hunsrücker bekämpfen; ein Verein .. 13-14
Giftige Experimente bei Rheinböllen ? ..... 14-15
Eifel in Flammen ..... 15-16
Faschismus, Nationalismus, Antifaschismus ..... 16-19
Hohe Gewinne, aber in der Lohntüte nicht mehr ..... 19-20
Giftgas in der BRD, 2. Teil ..... 20-23
Kinderrechte in der BRD ..... 24-25
Die Vergangenheitsbewältigung der CDU; oder jedem ..... 26-27
Neues Treibstofflager nach Rhaunen ..... 28-29
Ökobank ..... 30
Projektemesse in Kirchberg ..... 31
Leserbriefe ..... 32-33
Kleinanzeigen ..... 34
Kontaktadressen ..... 35
H.Dieter Hüsch: Persönliche Empfehlung ..... 36


Frankfurter Rundschau

19.4.85

# Alle Räume fotografiert

## Polizeiaktion gegen Journalisten des „Hunsrück-Forums"

*Von unserem Korrespondenten Hans-Helmut Kohl*

MAINZ, 18. April. Das Ermittlungsverfahren der Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen das Alternativblatt „Hunsrück-Forum", das in seiner April-Ausgabe unter anderem den Bauplan der Marschflugkörper-Stellung in dem Hunsrück-Dorf Hasselbach veröffentlicht hatte, zieht weite Kreise. In einer aufwendigen Polizeiaktion, an der mehr als zwei Dutzend Polizisten verschiedener Dienststellen aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg beteiligt waren, wurden bereits am Dienstag die Wohnungen und teilweise auch die Arbeitsplätze sämtlicher Redaktionsmitglieder in mehreren Hunsrück-Gemeinden sowie das „Friedensbüro" in Kirchberg durchsucht.

Dasselbe passierte auch in der Druckerei der DKP Rheinland-Pfalz in Mainz, bei der das Redaktionsteam aus Kostengründen erstmals eine Ausgabe des „Hunsrück-Forums" produzieren ließ, und in der Landesgeschäftsstelle der Deutschen Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) in Karlsruhe. Deren Adresse war in dem Blatt unter einem Aufruf zu einer Kampagne gegen die unterschiedliche Dauer von Zivil- und Wehrdienst erschienen, in dem Zivildienstleistende aufgefordert wurden, nach 15 Monaten und dreieinhalb Tagen, also dem durchschnittlichen Grundwehrdienst, „die Koffer zu packen".

Das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des „sicherheitsgefährdenden Abbildens" und der „Aufforderung zu Straftaten" richtet sich gegenwärtig noch ausschließlich gegen den presserechtlich verantwortliche Redakteur des Blattes, Helmut Jordan, dessen Wohnung und Arbeitsplatz — wie berichtet — schon kurz vor Ostern durchsucht worden waren. Allerdings werde nunmehr, so der Leitende Oberstaatsanwalt Heribert Braun auf Anfrage zur FR, der Kreis der Verdächtigen möglicherweise erweitert.

Bei den Durchsuchungsaktionen wurden nach Darstellung der Betroffenen „alle Räume fotografiert", was ein ranghoher Beamter des Landeskriminalamtes für den konkreten Fall zwar nicht bestätigen wollte, aber als „durchaus übliches Verfahren zu Dokumentationszwecken" bezeichnete. In Karlsruhe beschlagnahmten die Beamten für mehrere Stunden eine 550 Adressen zählende Kartei des DFG-VK-Landesverbandes über die Bezieher des Informationsdienstes „Südwest-Kontakte". In diesem Dienst war der Aufruf zum „Koffer packen" schon vor mehr als einem Jahr erschienen, ohne daß die dortige Staatsanwaltschaft Anlaß für ein Ermittlungsverfahren gesehen hätte. Ein solches hat sie inzwischen jedoch auf Wunsch ihrer Koblenzer Kollegen eingeleitet.

Die Grünen im Bundestag sehen in den Aktionen einen Versuch, die Friedensbewegung einzuschüchtern. In einer am Donnerstag verbreiteten Erklärung kündigten die beiden Abgeordneten Hennig Schierholz und Annemarie Borgmann eine „Selbstanzeige" bei der Koblenzer Staatsanwaltschaft an. Schierholz hatte den Bauplan der „Cruise-missile"-Station in Hasselbach im Herbst anonym zugeschickt bekommen und an die Berliner „Tageszeitung" weitergeleitet, die ihn im Oktober bisher unbeanstandet veröffentlichte. Die Fraktionssprecherin Borgmann wiederum hatte den Originalplan während einer Pressekonferenz des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung, an der auch der heutige saarländische Wirtschaftsminister und damalige SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Joachim Hoffmann teilnahm, den versammelten Journalisten präsentiert. D/R/S

# Staatsanwalt „läuft Amok"

## "POLITISCHE" AKTION MIT JURISTISCHEN MITTELN gegen HUNSRÜCK-FORUM

**4.April 1985:**

+ Polizeibeamte in Zivil erscheinen morgens am Arbeitsplatz des für die Nr.8 des HF presserechtlich Verantwortlichen mit einem Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichtes in Koblenz (unterschrieben v. Richter Bierschenk) und durchsuchen den Schreibtisch (siehe dazu die Infos im Kasten 1.).

+ mittags erscheinen vier Beamte der Kriminalpolizei von Bad Kreuznach, Simmern und Zell in der Privatwohnung des isdP. Verantwortlichen mit Durchsuchungsbeschluß und Beschlagnahmeanordnung vonzwei Seiten im HF.Nr. 8 -Seite 16 & 17- (siehe dazu Presseausriß d. "FR" v. 19.4.).
Gefunden und Beschlagnahmt wurde nichts.

+ Nachmittags Durchsuchung der Druckerei in Mainz, die erstmals das HF (Nr.8) gedruckt hat, um die Druckvorlage der beiden "inkriminierten" Seiten zu bekommen.

+ den ganzen Tag und auch die nächsten Tage in allen im HF genannten Verkaufsstellen (über Trier, Mainz, Simmern, Koblenz) Besuch von Polizei, die dann die beiden Seiten heraustrennt (und dies auch im Friedensbüro in Krichberg).

**9.April 1985:**

+ Die "Tageszeitung" (TAZ) berichtet sehr korrekt über diesen Vorfall.

**10.April 1985:**

+ Rechtsanwalt legt Beschwerde gegen die Staatsaktion und gegen die Schuldvorwürfe ein.

**12.April 1985:**

Die "Frankfurter Rundschau (FR)" berichtet sehr umfassend über die Aktion, obwohl der Staatsanwalt H. Braun auf Befragen um Veröffentlichung nicht vor dem 18.4. bittet, "um das Ermittlungsziel nicht zu gefährden".

**16.April 1985:**

STAATSANWALT BLÄST ZUM GENERALANGRIFF

+ morgens wird die Tür vom Friedensbro der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel in Kirchberg von Polizei aufgebrochen und der Raum nach Beweismitteln die gegen den presserechtl. Verantwortlichen verwandt werden könnten, abgesucht (siehe dazu Kasten Nr.2).

**1**

3o Gs I 1127/85
1o1 Js 659/85

B e s c h l u ß :

In dem Ermittlungsverfahren
gegen Helmut [illegible], geboren am [illegible] in Köln,
a) 5581 Hesweiler, [illegible],
b) [illegible],
wegen Anfangsverdachts des sicherheitsgefährdenden Abbildens ( § 1o9 g StGB ) und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten ( § 111 StGB )
wird gem. §§ 111 b Abs. 1, 111 c, 111 e und 111 n in Verbindung mit §§ 74, 74 d Abs. 1 und 2 sowie 92 b StGB die Beschlagnahme der Seiten 16 und 17 der Druckschrift HUNSRÜCK-FORUM, Zeitschrift für Demokratie & Frieden, Ausgabe Nr. 8 ( April-Juni 1985 ) und der zu ihrer Herstellung gebrauchten und bestimmten Vorrichtungen ( Platten, Formen, Drucksätze, Druckstöcke, Negative oder Matritzen pp. ) angeordnet.

Die Beschlagnahme ist nur auf die Stücke zu erstrecken, die sich im Besitz der bei ihrer Verbreitung oder deren Vorbereitung mitwirkenden Personen befinden oder öffentlich ausgelegt oder beim Verbreiten durch Versenden noch nicht dem Empfänger ausgehändigt worden sind ( § 74/Abs. 2 StGB ).

Gründe:

Der Beschuldigte ist ausweislich des Impressums der vorgenannten Druckschrift verantwortlicher Redakteur. Der auf Seite 16 der Zeitschrift abgedruckte Text mit der Überschrift " Verweigert! Aktion ' Koffer packen ' " begründet den Verdacht eines Vergehens nach § 111 StGB. Es wird dazu aufgefordert, gegen §§ 52 und 53 Zivildienstgesetz zu verstoßen. Die auf Seite 17 der Druckschrift befindliche Ablichtung stellt eine Gefahr im Sinne von § 1o9 g StGB dar.

Koblenz, den o4. o4. 85
Amtsgericht
gez. Bierschenk
Richter am Amtsgericht

**2**

3o Gs I 1182/85 AG Koblenz
1o1 Js 659/85 StA Koblenz

Beschluß:

In dem Ermittlungsverfahren
gegen Helmut [illegible], geb. [illegible] in Köln,
a) 5581 Hesweiler, [illegible],
b) [illegible],
wegen Anfangsverdachts des sicherheitsgefährdenden Abbildens(§ 1o9 g StGB) und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB)
wird die Durchsuchung der Wohnung und der Geschäftsräume sowie anderer Räume und eventuell vorhandener Kraftfahrzeuge
der Zeugin [illegible] in 6540 Kolsbach, Kirchstr. 12a
und [illegible] ihrer Person und der [illegible] ihr [illegible] gehörenden Sachen [illegible] zur Auffindung von nachstehenden Beweismitteln angeordnet: Unterlagen, aus denen sich ergibt, auf welche Weise man in den Besitz des auf Seite 17 der Zeitschrift HUNSRÜCK-FORUM abgedruckten Lageplans gelangt ist; Unterlagen, die darüber Aufschluß geben, wer die inkriminierten Veröffentlichungen auf Seite 16 und 17 der Druckschrift bearbeitet, insbesondere den Druckauftrag vorbereitet und schließlich den Auftrag zur Druchlegung erteilt hat; Unterlagen, aus denen sich ergibt, wer a) die Rechnung der Druckerei entgegengenommen und bezahlt, b) der Deutschen Friedensgesellschaft VK die Rechnung über die von dieser in Auftrag gegebenen Anzeige erteilt hat, c) innerhalb der Redaktion letztlich verantwortlich ist

Gründe:

Die Durchsuchung [illegible] war auf Antrag der Staatsanwaltschaft [illegible] Koblenz vom 1o.o4.85 anzuordnen, da zu vermuten ist, daß die Untersuchungshandlung zur Auffindung von vorstehend angeführten Beweismitteln führen wird ( §§ [illegible] 1o3, 1o5, 162 StPO ).
Der Beschuldigte ist ausweislich des Impressums der Druckschrift " HUNSRÜCK-FORUM " verantwortlicher Redakteur. Der auf Seite 16 der Druckschrift abgedruckte Text mit der Überschrift " Verweigert! Aktion 'Koffer packen'" begründet den Verdacht eines Vergehens nach § 111 StGB Es wird dazu aufgefordert, gegen §§ 52 und 53 Zivildienstgesetz zu verstoßen. Die auf Seite 17 der Druckschrift befindliche Ablichtung stellt eine Gefahr im Sinne von § 1o9 g StGB dar.

**3**

+ Hausdurchsuchungen auch bei fast allen übrigen Redaktionsmitgliedern als "Zeugen". Dazu wurden einige von der Polizei am Arbeitsplatz abgeholt und in die Wohnung eskortiert (..."wenn sie nicht mitkommen, werden wir ohne ihre Anwesenheit in die Wohnung eindringen und durchsuchen"...).
Die durchsuchten Räume wurden von der Polizei direkt noch fotographiert. Ein Redaktionsmitglied konnte zufällig in den Händen der Ermittlungsbeamten ein Foto erkennen, das sein Haus von außen zeigt, welches schon eine Woche vor der Durchsuchungsaktion gemacht wurde!

+ Wieder wird der Arbeitsplatz eines Redaktionsmitgl. von der Polizei durchsucht bei einer größeren Mainzer Firma. Dabei wurden auch Aktenschränke durchwühlt, die eindeutig nur den Arbeitgeber betreffende Akten enthielten.

+ Auch die Druckerei wurde nochmals aufgesucht. Letztlich nehmen sie von dort eine "Druckauftragserteilung" von uns an die Druckerei (wegen HF Nr.8) mit.

Beschlagnahmt wurde bei der Aktion mit über 40 Polizeibeamten:

* eine Unterschriftenliste für die "Friedensliste" (hat nichts mit dem HF zu tun)
* ein internes Schreiben eines Redaktionsmitgliedes an die übrigen Redaktionskollegen (hat überhaupt nichts mit dem Ermittlungsgegenstand zu tun).
* eine handschriftliche Aufstellung über den Rücklauf des Verkaufs der Nr.7 in Koblenzer Verkaufsstellen (hat auch nichts damit zu tun).
* Druckerei (siehe oben)

ERGEBNIS = NULL !!

**16.April 1985:**

+ Landtagsabgeordneter Joachim Mertes , SPD, schreibt an Justizminister Bickel, da er meint, daß die Strafverfolgungsbehörden "extensiv" tätig geworden seien, und dabei daß "ungute Gefühl einer **politischen Aktion mit staatlichen Mitteln**" aufkommen könne.

**18.April 1985:**

+ Dr. Henning Schierholz, Bundestagsabgeordneter, und Annemarie Borgmann von "Die Grünen im Bundestag" zeigten sich bei der Staatsanwaltschaft selbst an, da sie den Cruise-Missiles-Bauplan schon im Herbst '84 auf einer Pressekonferenz zeigten (übrigens veröffentlichte die TAZ im Oktober '84 diese Zeichnung auch, ohne das es zu Ermittlungen kam).

**19.April 1985:**

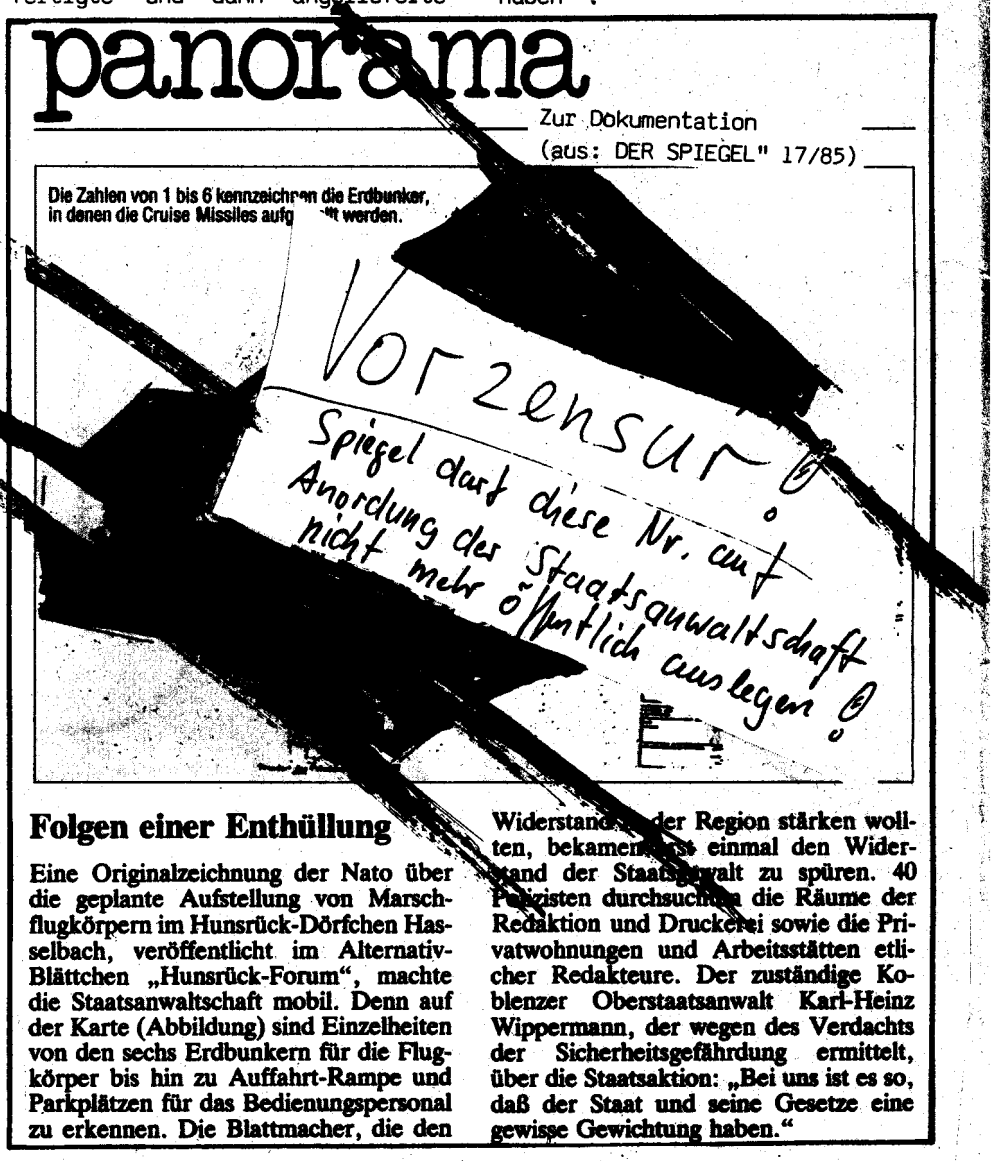
+ die erzkonservative und stramm militärhörige "Rhein-Zeitung" (mit Lokalblättern im Hunsrück, Nahe, Mosel), berichtete erstmals in einem üblen, die Tatsachen verdrehenden Artikel über die Ermittlungsaktion gegen uns. Kopfzeile: "Aufruf aus dem Hunsrück macht Staatsanwalt mobil", mit der Unterzeile: "Bei der DKP hergestellte Zeitschrift wurde beschlagnahmt".
Das nur die von uns selbst angefertigte und dann angelieferte Druckvorlage aus Kostengründen dort gedruckt wird, und wir dann die bedruckten Blätter wieder abholen und selbst zusammenlegen, heften und schneiden, und die DKP über den Inhalt der Nummer nicht vorher informiert ist, wie auch unsere Leser, steht in dem Artikel nicht. **Eine phantastische Allianz zwischen Justiz und lokaler Presse.**

+ Die "FR" und die "TAZ" berichten dazu im Gegensatz sehr informativ und an den Tatsachen orientiert.

+ Die "Deutsche Volkszeitung-Tat" druckt den Bunker-Bauplan aus dem HF nach und berichtet kurz über die Polizeiaktion.

**20.April 1985**

+ "Der Spiegel" Nr. 17/85 druckt den Bunker-Bauplan aus dem HF ab und zitiert den zuständigen Koblenzer Oberstaatsanwalt Wippermann wegen der "Staatsaktion: 'Bei uns ist es so, daß der Staat und seine Gesetze eine gewisse Gewichtung haben'".




## Folgen einer Enthüllung

**Eine Originalzeichnung der Nato über die geplante Aufstellung von Marschflugkörpern im Hunsrück-Dörfchen Hasselbach, veröffentlicht im Alternativ-Blättchen „Hunsrück-Forum", machte die Staatsanwaltschaft mobil. Denn auf der Karte (Abbildung) sind Einzelheiten von den sechs Erdbunkern für die Flugkörper bis hin zu Auffahrt-Rampe und Parkplätzen für das Bedienungspersonal zu erkennen. Die Blattmacher, die den Widerstand in der Region stärken wollten, bekamen erst einmal den Widerstand der Staatsanwalt zu spüren. 40 Polizisten durchsuchten die Räume der Redaktion und Druckerei sowie die Privatwohnungen und Arbeitsstätten etlicher Redakteure. Der zuständige Koblenzer Oberstaatsanwalt Karl-Heinz Wippermann, der wegen des Verdachts der Sicherheitsgefährdung ermittelt, über die Staatsaktion: „Bei uns ist es so, daß der Staat und seine Gesetze eine gewisse Gewichtung haben."**

+ Die Landeskonferenz der "JUSOS" von Rh.-Pf. solidarisiert sich in einer ausführlichen Resolution mit dem HF und interpretiert das Ermittlungsverfahren als ein "weiterer Schritt zur Einschüchterung politisch Andersdenkender".

**24.April 1985:**

Das Bundesverfassungsgericht beschließt, das die Dauer des Zivildienstes 20 Monate betragen darf im Gegensatz zu 15 Monaten der Wehrdienstzeit. Zwei Richter sind dagegen !

**25.April 1985:**

+ Parlamentarische Anfrage im Bundestag von MdB-Günter Pauli, SPD aus Koblenz, bezüglich des Gleichbehandlungsgrundsatzes (denn auch der "Spiegel" und die "TAZ" haben die Karte veröffentlicht).

**29.April 1985:**

Pressekonferenz und Informationsveranstaltung der Redaktion in Hasselbach zu den obigen Vorfällen.

Zur Unterstützung der Redaktion waren dann erschienen:

Joachim Mertes, SPD (MdL); Jutta Dahl, Gemeinderätin & Pfarrerin;Michael Gems, Bundesgeschäftsführer der DFG-VK; Norbert Neuser, Landesvorsitzender JUSOS (Rh.-Pf.); Ingo Weihe, Rechtsanwalt (SPD); Reinhard Sczech, "FI"; Heidrun Zimmer-Wagner, Friedensbüro; H.Neu, Geschäftsführer der Druckerei (DKP); Manfred Scherer, Jusos, Unterbezirksvorsitzender; Josef Trauth, "Die Grünen", Kastellaun.

ZITATE: Norbert Neuser-'Man dürfe gespannt sein, wie lange man noch unbehelligt den Ortsnamen 'Hasselbach' nennen dürfe, ohne damit nicht direkt...in die Ermittlungsakten der Koblenzer Staatsanwaltschaft zu geraten...-Er verlangte die Ablösung des verant. Staatsanwaltes

Joachim Mertes warf der Staatsanwaltschaft "Unverhältnismäßigkeit der Mittel" vor. "Die zweite Runde wird eingegongt", so Mertes, nachdem bereits 1984 die Staatsanwaltschaft Koblenz und der Generalbundesanwalt Rebmann gegen das HF "einen Rückzug antreten mußten". Auch würde die Zeitschrift "Wehrtechnik" auf Hochglanzpapier detailliertere Zeichnungen der Bunker unbehelligt veröffentlichen.

J.Mertes hat demonstrativ sein Bürgerbüro in Simmern als zusätzliche Verkaufsstelle des HF angeboten !

Die "Hunsrücker Zeitung", Lokalblatt der Rhein-Zeitung hat bisher über diese Veranstaltung und über **eine der fragwürdigsten Polizeiaktion nach dem Faschismus im Hunsrück** keinen eigenen Beitrag gebracht. Hinter den Kulissen war zu hören, daß man sich über die Kritik eines Redners von 15 Podiumsteilnehmern geärgert habe, der die Berichterstattung der Hunsrücker-Zeitung bezüglich der CM-Baustelle und des Frauenwiderstandscamps kritisierte.

Wir haben eher den Eindruck, daß dies nur vorgeschoben wurde, um möglichen "Unannehmlichkeiten" mit der Zentralredaktion in Koblenz, die in guter Zusammenarbeit mit der Justiz spürbar die lästige "Laus im Pelz (HF)" zerquetschen will, auszuweichen.

+ Das Amtsgericht Koblenz lehnt in einer ausführlichen Begründung die Beschwerde des Rechtsanwaltes gegen die Durchsuchung und die Beschlagnahme ab. Unter anderem,weil nach Meinung der Richter **"die Abbildung dieser militärischen Anlage...eine Gefahr für die Sicherheit der Vereinigten Staaten und der Schlagkraft der Truppe darstellt."**

Zu der KdV-Angelegenheit verweisen die Richter auf den Beschluß des Bundesverfassungsgericht (der jedoch erst nach der Veröffentlichung des HF gefasst wurde). Die Kosten des "Verfahrens" trägt der "Beschuldigte".

Der "Beschuldigte" hat zwischenzeitlich Widerspruch eingelegt.

+ Der Ostermarschkreis Rh.-Pf. stellt sich in einer Pressemitteilung voll hinter das HF.

**4./5.Mai 1985:**

+ In der "Nahe-Zeitung" erscheint im Lokalteil ein ausführlicher, sachlicher Bericht über die Pressekonferenz und Staatsaktion.

**7.Mai & 13.Mai 1985:**

+ In der Antwort von Landesjustizminister Bickel an J.Mertes (MdL) und der vom parlamentarischen Staatssekretär B.Ehrhard im Bundesjustizministerium an Günter Pauli (MdB) wird erklärt, daß die Staatsanwaltschaften auch gegen den "Spiegel" und die "TAZ" Ermittlungsverfahren eingeleitet hätten.

**14.Mai 1985:**

+ Das wöchentlich erscheinende "Rhein-Hunsrück-Wochenblatt" berichtet sehr sachlich über die Einschätzung des JUSO -Vorsitzenden Norbert Neuser zu der "Staatsaktion" gegen das HF.

**Anmerkung:** Gegen die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), LV Baden-Würtemberg, die die Federführung der "Aktion Koffer packen" haben, wurde auch ein Ermittlungsverfahren einen Tag nach dem Verfassungsgerichtsurteil vom 24.4. eingeleitet, sowie die restlichen Flugblätter zu der "Aktion" beschlagnahmt.

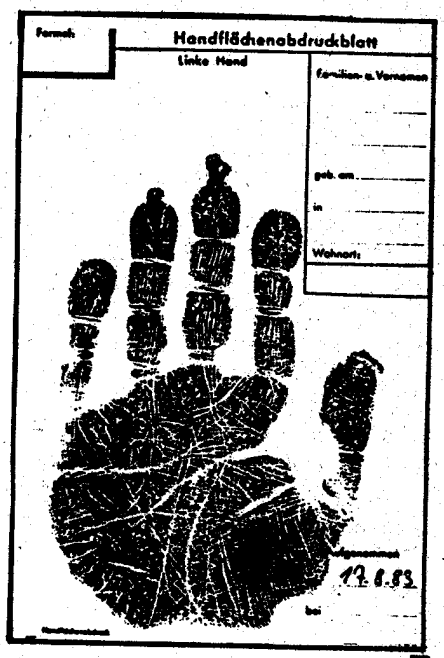
Diese "Aktion" wird schon seit zwei Jahren in Form von Rundbriefen und Flugblättern verbreitet von der DFG-VK, und erst im Zuge der Ermittlungen gegen das HF ging die Justiz auch dagegen an !

**31.Mai 1985:**

+ Auf Antrag der Staatsanwaltschaft Koblenz wird vom Amtsgericht die Frist "für die Erhebung der öffentlichen Klage" gegen des presserechtl. Verantwortl. des HF **"um zwei Monate** verlängert".

Als Begründung teilt das Amtsgericht mit:

"Der besondere Umfang der Ermittlungen...hat die Erhebung der öffentlichen Klage bislang nicht zugelassen".



# UNSERE EINSCHÄTZUNG ZU DER STAATSAKTION:

Der Staatsanwalt hat diesmal nicht gekleckert sondern geklotzt. Dazu hat er, wohl wissend um die Wirkung solcher Polizeiermittlungsmethoden, auf drei Ebenen angesetzt, damit wenigstens diesmal den Leuten vom HF das Genick gebrochen wird:

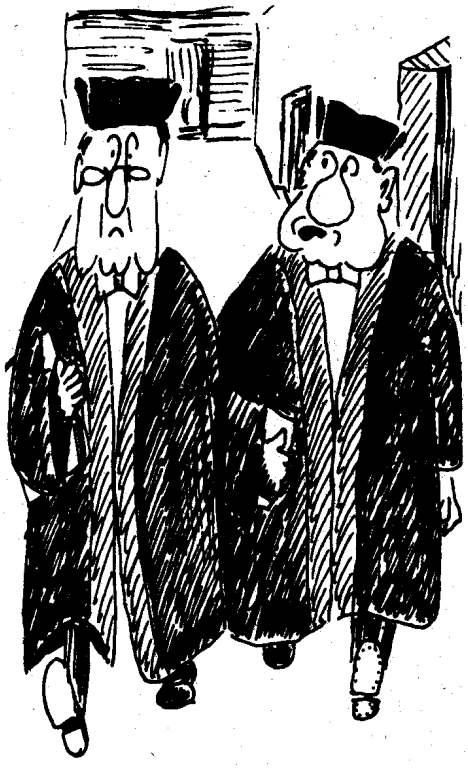
**1. Die juristische Ebene:**

* Einmal wird eine Straftat aus der Veröffentlichung einer Aktion der DFG-VK konstruiert, nämlich daß wir aufrufen würden zu einer strafbaren Handlung. Wir haben diese seit zwei Jahren unbeanstandet gebliebene "AKTION" nur zur Dokumentation einer möglichen Widerstandsform gegen die einseitige Verlängerung des Zivildienstes abgedruckt, unabhängig davon, wie wir dazu stehen. Darum ist auch nur der Originaltext faksimiliert der DFG-VK benutzt worden, ohne eigene Kommentierung.
* Zu dem Bunker-Bauplan können wir nur feststellen, daß eine viel detailliertere CM-Bunkerzeichnung
1. in dem öffentlich jedem zugänglichen US-Kongreßprotokoll zu finden ist, die
2. auch noch deutlicher in der , von der deutschen Rüstungsindustrie finanzierten Zeitschrift "WEHRTECHNIK" zu finden war, schon vor zwei Jahren !

Aber die nun von uns zu führende juristische Auseinandersetzung mit dem Staatsanwalt kostet viel Energie, die woanders notwendiger eingesetzt werden müßte.
Die juristische Ebene hat, gewollt v.S. des Statsanwaltes, Auswirkungen auf die zweite Ebene.

**2. Die berufliche/persönliche Ebene:**

* Die Durchsuchungsaktion an dem Arbeitsplatz einiger Redaktionsmitglieder hat in einem Fall schon entsprechende Reaktionen bei dem Arbeitgeber ausgelöst.
Bei einer möglichen Verurteilung ist eine Kündigung nicht auszuschließen, so die Information die in einem "Dienstgespräch" gegeben wurde.
Diese Reaktion eines Arbeitgebers liegt auf der vom Staatsanwalt bewußt gewollten Ebene, und war durch die umfangreiche Polizeiaktion zwangsläufig. Der Arbeitsplatz hat zwar nichts mit dem HF zu tun, und "Beweismittel" kamen keine zutage, aber das war ja auch nicht erwartet worden....



„Aber Herr Kollege, es ist doch paradox, wenn Linke Rechte beanspruchen."

**3. Die politische Ebene:**

Wie oben geschildert, hat das enge Zusammenspiel "Rhein-Zeitung" und Justiz (beide in Koblenz), die dummdreiste Vereinfachung in der Feststellung erbracht, daß das HF bei "der DKP hergestellt" wird und folglich, so war der Tenor des gesamten Artikels in der RZ, also ein von Kommunisten, sprich Moskau, ferngesteuertes Blatt ist. Das wirkt bei der immer noch gut geschürten Kommunisten-Angst in der BRD **( die in ganz Europa einmalig ist, ähnlich der Judenhetze im Faschismus).** Tatsache ist jedoch, aufmersame HF-Leser haben dies gelesen , daß wir in der Nr.7 aufgerufen haben, daß sich bei uns Druckereien melden sollten, die ab Nr.8 das HF weiterdrucken können (zu einem Betrag, der jedoch nur die Selbstkosten des Druckers beinhalten dürfe, da sonst der Verkaufspreis die Unkosten nicht mehr deckt.).

Wir haben viele Angebote bekommen, aber nur bei der DKP in Mainz war der Preis so, daß wir das HF weiter herausgeben konnten !
Der Anteil der Druckerei an dem Erstellen des HF beschränkt sich ausschließlich auf das Drucken des von uns fertig gelieferten Layouts.
Aber das Ganze hat so ein "anrüchiges" Geschmäkle bekommen, und die Bevölkerung des Hunsrücks bekommt auch noch nicht einmal Lokal durch die Presse die wahren Zusammenhänge mitgeteilt, und die Frage taucht jetzt auf, ob wir "nun von der DKP unterwandert" sind.
Hier soll in die Friedensbewegung von Seiten der Staatsanwaltschaft (incl. RZ) der "Spaltpilz" hineingetragen werden.

* * * *

Doch meinen wir, daß diese oben geschilderten Ebenen letzlich nicht zum Erfolg führen, da die Solidarität auf allen Ebenen mit der Redaktion groß ist, und viele Menschen diese Versuche des Staatsapparates durchschauen.
Es wird ganz sicher auch noch eine Nr. 10 des HF geben ! Die Redaktion.

# Man ermittelt mal wieder!

## C.v.Ossietzky - WELTBÜHNE- und das HUNSRÜCK-FORUM

In diesem Frühjahr ist wieder was los in und um Deutschland (West)!
Gefeiert soll werden - oder gedacht; eher doch gedacht, wenns nach Kohl und seinen Mannen geht. Womit der Doppeldeutigkeit eindeutiger Kern jetzt jedem klar sein sollte: Es geht um's Gedenken, nicht um's Denken, das ist derzeit etwas aus der Mode gekommen, stellenweise soll sogar schon dagegen ermittelt werden.
Also Gedenken. "Unserer Geschichte ·" gedenken, "sie annehmen wie sie ist" , hat unser Kanzler in Bergen-Belsen gesagt. Schön. Habe ich mal unserer Geschichte gedacht.
Dabei drängte sich mir unausweichlich, gerade im Jahr 1985, neben dem schrecklichen Schicksal der vielen Millionen anonymer Menschen, der Name eines Mannes auf, der den Friedensnobelpreis für 1935 erhielt.
Was das alles mit den neuesten Ermittlungen gegen das "HUNSRÜCK-FORUM" zu tun hat, mag sich jetzt mancher Leser fragen.
Sehr viel, gedenkt man der Geschichte ohne das Denken außer Acht zu lassen.
Der Mann hieß **Carl v. Ossietzky** und starb 1938 an den Mißhandlungen nationalsozialistischer Folterknechte.
Doch darum geht es jetzt gar nicht. Es geht um die 1. deutsche Republik.
Damals gab es eine kleine Gruppe von radikalen Pazifisten, die kompromißlos Militarismus, Revanchismus und die geheime Aufrüstung (war in der Weimarer Republik alles überreichlich vorhanden) anprangerten.
Sprachrohr dieser Gruppe (dazu gehörten z.B. Siegfried Jacobson, Hilde Walter, Kurt Tucholsky oder Erich Mühsam) war die Wochenzeitschrift **"Weltbühne"**. Verantwortlicher Redakteur und später auch Herausgeber war Carl v. Ossietzky, der Kampf gegen alles militärische sein Lebensziel. Wegen kritischer Artikel wurde er deshalb auch des öfteren zu Geldstrafen verurteilt.
Der Hammer allerdings kam 1931. In der **Weltbühne** war ein Artikel erschienen, der die Verwendung von Mitteln des Verkehrsetats für widerrechtliche militärische Zwecke aufdeckte. Aufbau und Aufrüstung der Luftwaffe wurden damit finanziert.
Ossietzky war zwar nicht der Verfasser, als Herausgeber aber verantwortlich für den Inhalt seiner Zeitung. 1931 also erhob die Staatsanwaltschaft Anklage. Der Artikel war übrigens schon 1929 in der **Weltbühne** erschienen.
Ossietzky wurde vor dem 4.Strafsenat in Leipzig wegen Landesverrates zu 18 Monaten Haft verurteilt.
Die Resonanz im In- und Ausland war große Empörung über dieses als Unrecht empfundene Urteil.
Auch wenn dieser Fall und die Person Ossietzkys, der konsequent für seine Überzeugungen eintrat und von den Nazis dafür langsam zu Tode gemartert wurde, als direkter Vergleich für das HUNSRÜCK-FORUM etliche Nummern zu groß ist, kann er doch als Vorbild dienen und als Beispiel.
Vorbildlich und beispielhaft ist die Haltung Carl v. Ossietzky. In der Geschichte der deutschen Demokraten und Pazifisten gibt es wenige von seiner Konsequenz.
Gerade die Friedensbewegung sollte diesem Mann in der Tat gedenken, und seinen Namen nie vergessen.
Von ihm können wir alle viel lernen, seine Schriften und sein Lebenslauf sind ein gutes Rezept gegen Gefühle von Resignation und Ohnmacht.
Der Fall **Weltbühne** zeigt aber auch, in welcher Tradition unsere Rechtsprechung steht (im Übrigen nicht nur die: von offizieller Seite hört man den Namen des Demokraten Ossietzky so gut wie nie, dafür gibt es aber "Hindenburg-Gymnasien u.ä.). Sie kann sich wahrlich auf "demokratische" Wurzeln berufen, denn in der 1.Republik hat man's ja mit unbequemen Mahnern und Warnern schon genauso und noch toller getrieben als heute.
Bei allen qualitativen Unterschieden zwischen dem Fall **"Weltbühne und Carl v. Ossietzky"** und dem Fall **"HUNSRÜCK-FORUM"** springt diese Parallele ins Auge.
Nach dem Urteil sagte **Ossietzky:**
**"Noch leben wir in der demokratischen Republik, auf deren Grundsätze ich schwöre ... Noch leben wir im Zustand verbürgter Meinungsfreiheit, noch immer in einem Staat, in dem das Militär den zivilen Behörden unterworfen ist.**
**Deshalb werde ich weiter dafür einstehen, daß der Geist der deutschen Republik nicht durch eine mißverstandene Staatsraison verfälscht wird."** Rüdiger Jakob

Empfehlenswerte Literatur:
"Carl v.Ossietzky -Rechenschaft-; Fischer TB, 1984, Hrsg. Bruno Frei".

# DREI BRIEFE:

Reinhard Sczech (Ing.grad. Elektrotechnik) (Tel. 06762-518

Hauptstr. 29
5449 Bell

**1**

An den
Oberstaatsanwalt
Herrn Braun
Karmeliterstr. 14
5400 Koblenz

Bell, den 23.5.85

Betr.: NATO-Bauvorhaben bei Hasselbach
Bezug: Ihre Hausdurchsuchungen bei der Redaktion "Hunsrück Forum"

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Braun !

Ich beabsichtige in der ersten Juni Woche ein Flugblatt über die Cruise Missile Stationierung bei Hasselbach in einer Auflage von etwa 4000 Exemplaren zu verteilen.

Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Redaktion "Hunsrück-Forum" haben mich sehr verunsichert in der Frage: Was darf ich schreiben und drucken ???
So beabsichtige ich zum Beispiel den Abdruck der Lagekarte über die Anordnung der 6 Bunker (oder wie MdEP Egon Klepsch sagt: "Garagen") die auch im HUNSRÜCK FORUM, DER TAGESZEITUNG und SPIEGEL abgedruckt wurden. (Urheber Staatsbauamt Koblenz Nord).

Darf ich das ??? Wenn nein, gegen welche Gesetze verstoße ich und mit welchen Strafen ist zu rechnen ?

Außerdem möchte ich am 1. Juni auf einer Vortragsveranstaltung Folien dieser oben erwähnten Karte zeigen. Darf ich das ???

Sie können sich sicherlich vorstellen, wie verunsichert ich bin. Ich wäre Ihnen für eine umfassende Rechtsbelehrung im Zusammenhang mit der Raketenbaustelle sehr dankbar. Sie könne sich sicherlich vorstellen wie unangenehm es wäre, wenn plötzlich die Polizei mein Haus stürmen würde.

Mit der Hoffnung auf eine baldige Antwort möchte ich mich schon im Voraus herzlich bedanken.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Oberstaatsanwalt Staatsanwaltschaft Koblenz

Karmeliterstr. 14
5400 Koblenz

**2**

Ihr Zeichen: 410 E-6/85 Bell,den 30. Mai 198

Betr.: Abbildung der Lagekarte des CRUISE-MISSILES-Standortes
------ bei Hasselbach Hunsrück

Bezug: Ihr Schreiben vom 28.Mai 1985
------

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Wippermann !

Zunächst einmal herzlichen Dank für die schnelle Beantwortung meiner Anfrage.
Beachtlich finde ich es, daß Sie als erste staatliche Behörde öffentlich Hasselbach als Cruise Missile Standort bestätigen.
(Zu Ihrer Information: Der Bundesverteidigungsminister spricht lediglich von einem "neuen Waffensystem", der Raum Wüschheim wird als Stationierungsgebiet angegeben.)

Sie schreiben, gegen mich müßte ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, wenn ich die schon näher beschriebene Lagekarte des Cruise Missile Standortes öffentlich verbreite.
Begründung: "...wissentliche Gefährdung der Sicherheit der BRD oder Schlagkraft der Truppe...."
Mit Verlaub gesagt: Diese Begründung im Hinblick auf die bisherige Informationspolitik der Bundesregierung läuft stark in Gefahr nur noch satirisch betrachtet zu werden, denn:
- in einem öffentlich zugängigen Protokoll des "COMMITTEE ON ARMED SERVICES HOUSE OF REPRESENTATIVES" wird als Drucksache der US-Regierung eine bis ins kleinste Detail ausgeführte Beschreibung der Cruise Missile Station vorgestellt.
- Die Baustelle kann frei frotografiert und analysiert werden.

Ich meine unsere Rechtsordnung und die Achtung der staatlichen Organe wird durch Mißbrauch unterhölt oder gar der Lächerlichkeit preisgegeben.
Im Interesse der Wahrung demokratischer Rechte habe ich mich entschlossen trotz Ihrer Mitteilung die Lagekarte des Cruise Missile Standortes Hasselbach öffentlich zu zeigen.
Termin: 2.Juni 1985, Gemeindehaus Hasselbach, Beginn: 14.00 Uhr

Ich hoffe Sie werden nach Kenntnisnahme dieses Schreibens von Ermittlungen absehen - andernfalls würde ich im Vertrauen auf unsere Rechtsprechung einer gerichtlichen Auseinandersetzung ruhig entgegensehen.

Mit freundlichen Grüßen

**3**

Reinhard Sczech (Ing.grad. Elektrotechnik) (Tel. 06762-5181)
Hauptstr. 29
5449 Bell (Hunsrück)

Oberstaatsanwalt Staatsanwaltschaft Koblenz
Karmeliterstr. 14
5400 Koblenz

Ihr Zeichen: 410 E-6/85 Bell,den 4. Juni 1985

Betr.: Abbildung der Lagekarte des CRUISE-MISSILES-Standortes
------ bei Hasselbach Hunsrück

Bezug: "Beschlagnahmung" der Lagekarte am 2.5.85 in Hasselbach
------

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Wippermann !

Auf Ihre Anordnung hin beschlagnahmten Polizeibeamte meine Lagekarte des geplanten Cruise Missile Standortes Hasselbach.
Nach Ihrer Rechtsauffassung würde durch öffentliches Zeigen dieser Karte die Kampfkraft der Truppe und Sicherheit der Bundesrepublik

Deutschland gefährdet.

Nie wäre mir auch nur im Traum eingefallen, so schnell im "Geheimagenten - Milieu" zu landen. Da nehme ich eine Karte, die unter anderem im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" abgedruckt wurde - und schon ist es passiert.

Nun will ich natürlich nicht nur "staatszersetzend" wirken, sondern auch mit einigen Tips bei Ihrer schweren Arbeit behilflich sein. Denn mir ist selbstverständlich auch klar, wie schwierig Sie es mit der Geheimhaltung haben, wenn amerikanische Soldaten Bedienungsanleitungen der Pershing II Rakete auf den Müll schmeißen und die Illustrierte "STERN" sich nicht scheut, das zu veröffentlichen.

Doch zu unserer Lagekarte, was tun ? Sie haben bei Ihrer Arbeit schon schwerwiegende Fehler begangen. Denn Sie ließen die Ausgaben des "HUNSRÜCK-FORUM" beschlagnahmen - nicht aber den "SPIEGEL". Nun weiß ich von einem Bekannten in der DDR, daß dort der "SPIEGEL" vom Staatssicherheitsdienst gelesen wird - hingegen war ihm das "HUNSRÜCK-FORUM" kein Begriff.
Nun sitzen Sie natürlich im Schlamassel. Da hilft es wenig, wenn Sie meine Kopie erfolgreich erwischt haben. Erstens habe ich noch mehr davon, zweitens sehen Sie wohl ein, wie unwahrscheinlich es ist, daß der "Feind" nicht schon alles weiß.

Aber es kömmt noch dicker: Im angesehenen "SCIENTIFIC AMERICAN" schreiben amerikanische Wissenschaftler, die optische Auflösung der Satellitenaufklärung liege bei ca. 10 cm. Wenn Sie sich jetzt "unsere" Karte ansehen, werden Sie mir bestimmt zustimmen, daß Satellitenaufnahmen bedeutend mehr Details "verraten" !!! Die "Kampfkraft der Truppe" ist damit wohl ganz dahin. Hinzu kommt, da Satellitenaufnahmen mit Computern ausgewertet werden, sind sogar Bewegungsbilder rund um die Uhr vorhanden.

Hierzu habe ich für Sie einen kleinen Tip: veranlassen Sie doch bitte den Bundesverteidigungsminister, die gesamte CRUISE MISSILE Station bei Hasselbach mit einer Halbkugel aus schwarzer Folie abdecken zu lassen. Da werden sich die Russen ganz schön ärgern. Falls die "Kampfkraft der Truppe" dann erwartungsgemäß ansteigt, bitte ich um freundliche Beachtung bei Verleihung der nächsten Bundesverdienstkreuze.

Doch wie geht es nun kurzfristig weiter ? Ich denke, zunächst sollten wir weiterhin die Karte im Spiel lassen. Deshalb kündige ich hiermit die nächste öffentliche "Verteilung" an. Damit will ich Ihnen Gelegenheit geben, weitere Argumente zum Schutze dieses, unseres Landes, vorzubringen.
Um die Wege der von Ihnen sicherlich wieder beauftragten Polizeibeamten zur Beschlagnahmung kurz zu halten, wurde von mir der folgende Ort gewält: Bürgersteig vor der Schutzpolizeiwache in Simmern. Termin: Freitag, 7.Juni 1985, ab 9.00 Uhr.

Mit der unerschütterlichen Hoffnung auf eine baldige Antwort verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung

---

AKTUELL: Polizei war stinksauer, beantragte beim Richter Reinhard S. (James) in Beugehaft zu nehmen, was der Richter aber ablehnte. Hausdurchsuchung genehmigte er, wobei noch drei **Unzensierte** Exemplare des HF beschnitten wurden, und die Wohnung nach weiteren Zeichnungen der Lagekarte f. d. CM-Bunker abgesucht wurde.

Der Richter sagte, daß dem SPIEGEL der weitere Vertrieb der Nr. 17/85 (s. S. 4 HF), verboten wurde.

Reinhard Szcech sollte mit seiner unermüdlichen Aktion [redacted] werden. Wenn Andere sich beteiligen und entsprechende Briefe schreiben, hat die Staatsanwaltschaft viel zu tun...

## Ein Jäger aus Kurpfalz

Ein Jäger aus Kurpfalz, der reitet durch den grünen Wald,
er schießt das Wild daher, gleich wie es ihm gefällt.
Juja, juja. Gar lustig ist die Jägerei
allhier auf grüner Heid, allhier auf grüner Heid.

Auf, sattelt mir mein Pferd, und legt darauf den Mantelsack,
so reit ich hin und her, als Jäger aus Kurpfalz.
Juja, juja. Gar lustig ist die Jägerei
allhier auf grüner Heid, allhier auf grüner Heid.

Jetzt reit ich nicht mehr heim, bis daß der Kuckuck kuckuck schreit;
er schreit die ganze Nacht, allhier auf grüner Heid.
Juja, juja. Gar lustig ist die Jägerei
allhier auf grüner Heid, allhier auf grüner Heid.

---

## Uwe Anhäuser
## Jägerspiele im Soon

Phantome sind im Soon seit jeher heimisch. Vor Zeiten johlte Wodan mit seiner wilden Meute über Wipfel und Quarzitklippen her, strich Volker von Alzey, der Nibelung, zum lustigen Gejaid bei der Wildburg die Fiedel, und pirschte Graf Walram von Sponheim den Hindinnen und den Mägden nach.

Heimatforscher haben es allerdings schwer, derlei historisches Personal aus dem Phantomschatten herauszulocken. Leichter ist's mit Schinderhannes, der seinerzeit und im weiten Umkreis verschwiegene Fährten zog. Phantomen hinwieder jagen allherbstlich die Diplomaten aus Bonn hinterher, wenn sie zum Böckeschießen ins Soonwaldgehölz einfallen. Juja — ein sagenhaftes Waldrevier.

Keine Sage, wenngleich kaum verbürgt, ist jene Überlieferung, wonach nahebei, auf der Mauer des Sponheimer Klosters, der Magister Johann Georg Sabellicus Faustus, leibhaftiger Dr. Faust, eine Schwarze Messe feierte. Dadurch provoziert, schimpfte Abt Trithemius, seinerseits nicht minder mit okkulten Übungen zugange, in heller Wut, fand barsche Worte und hieß den Faust einen „prahlerischen Vagabund und Juden, den man durchpeitschen sollte, damit er sich künftig hütet, so verruchte, kirchenschänderische Dinge öffentlich zu treiben." Wer narrte wen, wer bannte Phantome?

War nicht gar Utsch auch ein Phantom, der „Churpfälzisch berittene Erbförster"? Ihm weihte 1913 beim Forsthaus Entenpfuhl Wilhelm II., deutscher Kaiser und „Allerhöchster Jagdherr", einen Denkstein. Darauf, wie auch auf Utsch's Grabmal neben der Auener Gehinkirche, steht zu lesen, er sei der historische Jäger aus Kurpfalz gewesen. Doch war er's nicht; längst steht fest, daß dieses Prädikat in Wahrheit Johann Adam Melsheimer gebührt. An diesen erinnern zwei Gedenktafeln am Struthof und auf dem Friedhof-Gedächtnisplatz von Argenthal. Doch Utsch, juja, er reitet noch immer unter Phantom-Pseudonym auf seinem Entenpfuhler Stein. Wen wird's auch sonderlich stören?

Wer allerdings unter diesem Denkmal näher nachsinnen möchte, wird selten ungestört überlegen können. Denn dort sind sie zu Hause, die Phantome, die Kampfflugzeuge des so benannten Typs, stationiert auf der Militärbasis zwischen Pferdsfeld, Eckweiler und Entenpfuhl, wenige Steinwürfe vom Stein entfernt. Die Piloten des Kampfgeschwaders, Lenker der Phantome, nennen sich stolz und sinnigerweise die „Jäger aus Kurpfalz". Wenn sie mit ihren Düsenmaschinen üben, wenn sie Einsätze spielen, dann scheint Wodans wilde Jagd wieder aufzuleben. Solche Jäger, diese Phantome, richten Arges an.

Zuerst fiel das kleine Dorf Rehbach dem Düsenjägerlärm zum Opfer. 1982/83 wurden die Orte Pferdsfeld und Eckweiler aufgelöst und ihre Einwohner umgesiedelt. Die Bürger von Winterburg und Ippenschied fürchten, daß es ihnen bald ähnlich ergehen könnte. Siedlungen, in denen seit Jahrtausenden Menschen lebten und starben, werden ausradiert und dem Erdboden gleichgemacht, weil die zynische Vernunft von heute den Zündstoff für die Apokalypse allzeitbereit und funktionsfähig halten zu müssen glaubt. Dies gewährleisten die Phantome, und die „Gegenseite" ist gewiß ebenso auf der Hut. Bald im Soon Hiroshima?

Eckweiler, noch 1980 ein adrettes Bauerndorf, gleicht heute bereits der durch atomaren Brand ausgelöschten japanischen Stadt. Die Häuser sind abgetragen worden, im Frieden für einen vorzubereitenden Krieg. Die beiden bisherigen Kriege des 20. Jahrhunderts hat man in Eckweiler gehorsam und mit Trauer ertragen. Dem Gefallenen-Ehrenmal von 1914/18 wurde, wohl der sparsamen Einfachheit halber, lediglich eine bronzene Tafel angenietet, auf der die Namen der 1939/45 Gefallenen verzeichnet stehen. Doch unter dieser von Patina überzogenen Liste ist nun kein Raum mehr übrig. Es wird ja auch bei einem künftigen Krieg in Eckweiler keine Toten, keine „Helden" mehr geben.

Das Kriegshandwerk, längst technisiert und den Computern anvertraut, präsentiert Gesellen- und Meisterstücke. Jäger aus Kurpfalz sind beflissene, tüchtige Männer. Da jagen — wirklich faszinierend — ihre mächtig schnellen Maschinen laut röhrend über die Piste, schießen ins Blau und spielen in Scheinkämpfen umeinander. Über den Wipfeln ist keine Ruh'.

Erst spätabends, wenn das „Gerät" wieder still im Hangar steht und der Tower Strahlenbündel ins Dunkel sticht, erwacht anderes Leben. Wodan saust erneut durchs Gewölk, Hannes schnürt im Dickicht. Utsch bläst das Horn und Melsheimer lauert. Auf Sponheims Mauer hat Faust einen frisch abgehauenen Eberkopf gelegt, Kerzen danebengestellt und angezündet. Auf einem Bein hüpft er im Halbkreis, und er kichert und keuchzt und ächzt und schreit: „Wo bist du, Mephisto? Wer sind deine Scharen?" Faust ist kein Phantom. Er ist ein Deutscher. Juja.

**"Einebnung 1972 - Verweile und Gedenke", dieser Stein ist das Letzte was an die Gemeinde Rehbach an dieser Stelle erinnert.(siehe dazu nebenstehende Betrachtungen "Jägerspiele im Soon").**

# Ökologische Folgen kontra CRUISE MISSILES

Ausgehend von einem am 5. April im Gemeindehaus Hasselbach von Dr. K.Krusewitz Technische Universität Berlin, gehaltenen Referat zum Thema **"Ökologische Folgen der Raketenstationierung"**, wurde von der Friedensinitiative zu dieser Frage eine Arbeitsgruppe gebildet.

Dr. Krusewitz hatte in seinen Ausführungen auf den Antarktisvertrag "Zum Schutz der Ökologie" in diesem Menschenleeren Gebiet hingewiesen, und dem die Bundesrepublik als eines der dichtbesiedeltsten Ökosysteme der Welt entgegengehalten, in dem militärische Nutzung, atomare Versuche und Lagerung atomarer und chemischer Waffen und Abfälle durchaus zulässig seien.

Die NATO-Baumaßnahme bei Hasselbach sei ein **"Eingriff in Natur und Landschaft"** gemäß § 8 des Bundesnaturschutzgesetzes, daß ein **Raumordnungsverfahren vor Baubeginn** zwingend vorschreibt. Dazu gebe es auch eindeutige Formulierungen im Zusatzabkommen des NATO-Truppenstatuts.

Hier sei **gegen geltendes Recht verstoßen** worden, auch spekulierend auf die Unwissenheit der Gemeinden.

Außerdem würden die Marschflugkörper nicht "nur" Menschen töten, sondern eine unvorstellbare Umwelt-Katastrophe auslösen, die in anderen Völkerrechtsabkommen jedoch verboten worden seien.

Eine harmlose Unfallursache in Friedenszeiten (siehe den Pershing-Unfall mit Todesfolgen) könne enorme ökologische Folgen für die Menschen haben.

"Was den antarktischen Pinguienen recht ist, muß uns billig sein", so Krusewitz.

**

Ob ein Raumordnungsverfahren noch nachträglich durchgesetzt werden kann, will die Arbeitsgruppe "Ökologiegutachten Hasselbach" jetzt klären; eventuell auch über ein Rechtsgutachten.

"Stichworte zu Fragestellungen, die durch ein ökologisches Gutachten zu beantworten sind", wurden schon gesammelt.

Darin wird u.a.

+ nach der Umweltverträglichkeit der Tausende von Tonnen Beton, und den möglichen Veränderungen des dortigen Hochmoores gefragt
+ auf die großflächigen Parkplätze und die Auswirkungenauf den Wasserhaushalt, sowie Verschmutzungen durch Öl, Diesel oder sonstige chemische Substanzen hingewiesen
+ nach der "Entsorgung" von verseuchten Abfällen bzw. Flüssigkeiten, die in der geplanten **"Entseuchungs-**

**station"** Hasselbach anfallen werden, gefragt
+ sich nach den Konsequenzen für die verschiedenen Quellen auf dem NATO-Gelände die zum Teil das Wassereinzugsgebiet von dem Dorf Hundheim darstellen, erkundigt
+ welche Gefahren mit Transportunfällen verbunden sein können, und ob es entsprechende Katastrophenschutzpläne gibt, bzw. "mobile Transportkonvois durch Katastrophenschutzeinheiten abgesichert" werden,
+ und letztlich die Frage nach dem Verbleib der Tiere die auf dem ca. 100 ha großen ehemaligen Wald-und Wiesengelände gelebt haben müssen.

Zusätzliche Hilfe kam jetzt auch von dem Bundestagsabgeordneten der SPD, Günter Pauli, der zu diesem Gesamtproblem eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung im Deutschen Bundestag einbrachte.
Auf die Antwort dürfen wir gespannt sein (aber das dürfte sicher nicht anders aussehen, wie das Übliche aus Bonn).
Wer sich für die AG interessiert oder was beisteuern will, wende sich an Dieter Ney, Tel. 06762/ 8348. Helmut Jordan

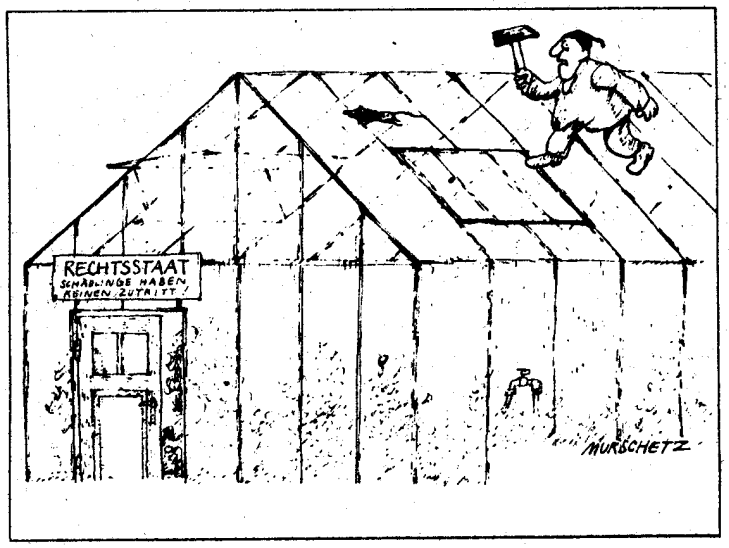
# *Wasserwerfer in Bitburg — Blitzlichter in Mutlangen*

Während am 2. + 3. September 1983 sogen. Prominente von Böll bis Zink in Mutlangen mit fast 20.000 Rüstungsgegnern (die letztlich für die Presse nicht so bedeutungsvoll waren) ein vorher leergeräumtes US-Depot für Pershing II "blockierten", versammelten sich nach einem von den Medien kaum beachteten "Sternmarsch auf Bitburg" vor der dortigen US-Air - Base ca. 400 Menschen, um u.a. gegen die weitere Aufrüstung mit Cruise Missiles zu demonstrieren.
Aber in Bitburg war so einiges anders als in Mutlangen: So war die Blockade des Tores 1 schon nicht mehr möglich - es war bereits von deutschen Polizisten blockiert mit Nagelgurten und massiver Präsenz. So versuchten ca. 150 Personen weit entfernt vom nächsten Kasernentor, eine Sitzblockade, die kurz darauf von Polizisten unter Zuhilfenahme von scharfen Hunden ohne Maulkörben geräumt wurde, und dabei ca. 40 Personen verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt wurden.
Bis zum nächsten Tag wurden über 300 Verhaftungen bei ähnlichen Aktionsformen, alle gewaltfrei v.S. der Demonstranten, von der Polizei vorgenommen.
Ein paar "Promis" hatten sich von Mutlangen nach Bitburg begeben, als dort in dem "volksfestartigen" Rummel, die Meldungen von dem massiven Polizeieinsätzenin Bitburg eintrafen. Darunter auch Daniel Ellsberg, früherer Sicherheitsberater von Nixon, der heute zur amerikanischen Friedensbewegung gehört.
Diese Ereignisse, mit über 300 Verhaftungen bei 400 Demonstranten, veranlaßte Ell sberg zu der abschließenden Beurteilung: **"daß es in Deutschland wohl kriminell sei, mit weniger als 100 Prominenten gegen die atomare Rüstung zu protestieren!"**
Bis heute gab es insgesamt 260 Bußgeldbescheide wegen **"Nötigung"**. STraf-Anzeigen lägen von Angehörigen der US-Streitkräfte "in Hülle und Fülle" vor, so die Polizei.
Während Bayerns Ministerpräsident F.J.Strauß den LKW-Fahrern während der mehrtägigen Brennerblockade auch noch die Hand schüttelte, müssen diejenigen, die Widerspruch gegen die Bescheide einlegten bei Verurteilung mit Geldstrafe zwischen 500 und 20.000 Mark rechnen.
Bis jetzt ist ein Verfahren in der 1.In stanz abgeschlossen (der Betroffene hat Berufung eingelegt). Das zweite Verfahren gegen vier Demonstranten wurde erst einmal ausgesetzt im Oktober letzten Jahres, da sogen. Beweismittel erst am Verhandlungstag vom Gericht vorgelegt worden waren.
Seit April '85 laufen die Prozesse wieder.
Der Junge Union-Kreisvorsitzende von Cochem-Zell P.Balthasar kritisierte Ende letzten Jahres lautstark einen Solidaritätsapell des Kreisvorstandes d er Jungsozialisten von Cochem-Zell <u>für</u> die Bitburg-Demonstranten mit an den Haaren herbeigezogenen Argumenten: "...marschieren die Jusos nunmehr auch in Cochem-Zell Arm in Arm mit Kommunisten und Berufsrandalieren...", und versteigt

sich zu der medienwirksamen Behauptung, "...Wo aber Straftatenbegangen werden - wie z.B. damals in Bitburg- wo Steine fliegen, hört die Friedlichkeit auf !". So schnell ist die JU mit dem Thema fertig.
Aber wir nicht.
Wer den Bitburg-Demonstranten helfen will, kann spenden auf:
Spendenkonto der Friedensgruppe Daun, Rechtshilfekonto Nr. 233 17, Kreissparkasse Daun.
Weitere Informationen sind zu erhalten bei:
* H. Borkowski, Alfred-Mumbächer-Straße, 6500 Mainz
* Sol daritätskomitee -Bitburger Blockade-, c/o. Grünes Büro, Lindenstr. 12, 55 Trier, Tel. 0651/48 707.

Helmut Jordan

IM NAMEN DES GESETZES

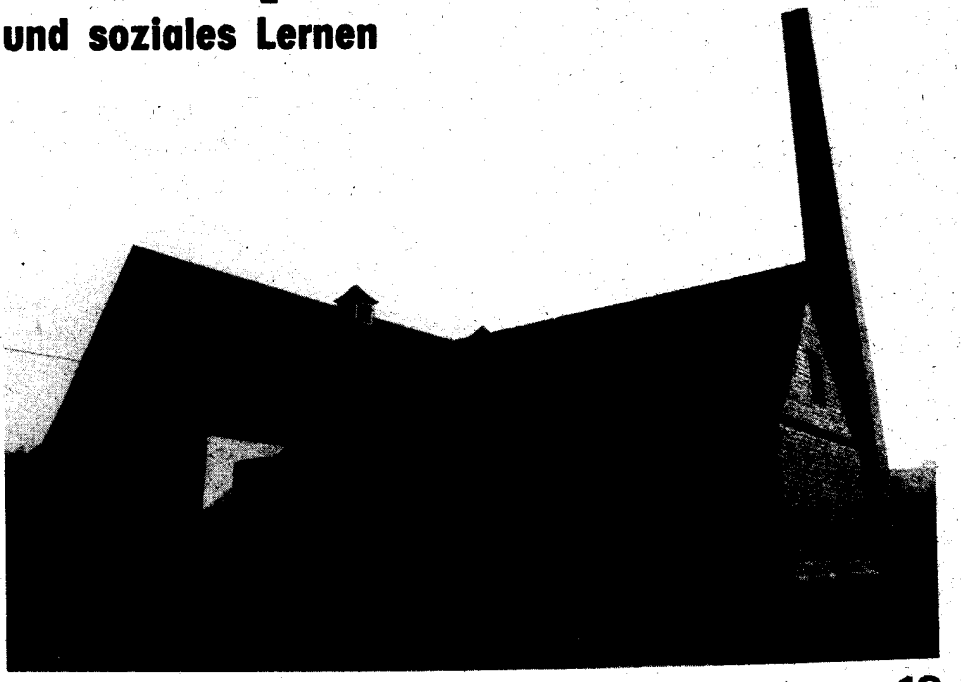



# Berufliche Not junger Hunsrücker bekämpfen

## Verein für berufliches und soziales Lernen

Der Verein berufliches und soziales Lernen im Hunsrück e.V. wurde 1983 von einer Gruppe Handwerkern, Handwerksmeistern, Pädagogen, Landwirten, Hausfrauen und Entwicklungshelfern gegründet mit dem Ziel, in der Hunsrück-Region neue Perspektiven im Bereich des Arbeitens und sozialen Lernens insbesondere für junge Menschen zu entwickeln.
Der als gemeinnützig anerkannte Verein ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband und Träger der freien Wohlfahrtspflege. Er zählt 22 Mitglieder. Ferner stehen dem Verein zahlreiche Fachkräfte ehrenamtlich beratend zur Seite.
Folgende Arbeitsschwerpunkte wurden gesetzt :
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Vermittlung von Geschichtsbewußtsein zur Stärkung der regionalen Identität
- Gemeinwesen und Familienarbeit, soziales Lernen
- Umweltarbeit

Zur Verwir klichung dieser Ziele, hat der Verein nun ehemalige Fabrikgebäude im Kyrbachtal bei Sohrschied (Nähe Kirchberg) gekauft.
Finanziert wurde der Kauf sowie die notwendige Renovierung und vorläufige Einrichtung durch die Gründung einer Leihgemeinschaft, deren Mitglieder durch regelmäßige monatliche Spenden und auch Darlehen (z.B. 30,-DM !) mit Laufzeiten von bis zu 4 Jahren, eine Kreditaufnahme ermöglichte. Zudem erhielt der Verein Bundeskredite.
Derzeit wird durch Vereinsmitglieder und freiwilligen Helfern renoviert.
Dieses Jahr wird ein berufsorientierender Lehrgang im Bereich Holzbearbeitung und Gartenbau stattfinden.



Ab 1986 sollen max. 24 Ausbildungsplätze in diesen Bereichen eingerichtet werden, wofür es v.S. der Handwerkskammer Zustimmung gibt.
Neben der Ausbildung soll eine vierjährige Modellphase zur Erkundung und Erprobung alter und in Vergessenheit geratener Handwerkstechniken durchgeführt, die Ergebnisse in die Berufsausbildung einfließen, sowie von Altmeistern Interessierten in extra Lehrgängen vermittelt werden.
Der Verein benötigt, wie immer bei alternativen Projekten, finanzielle Hilfen. Auch kleine Beiträge sind dafür hilfreich.
Anfragen und weitere Infos: VBS, VEREIN BERUFLICHES UND SOZIALES LERNEN IM HUNSRÜCK e.V.
**Raiffeisenstr.2, 6544 Oberkostenz, Tel. 06763/ 534.**
**Helmut Jordan**

Dies ist die Schonung im Ingelheimer Wald bei Rheinböllen in dem die Birken mit dioxinhaltiger Substanz eingestrichen wurden; Bildmitte eine abgestorbene Birke.

# Giftige Experimente bei Rheinböllen ?

Im letzten HF berichteten wir unter dem Titel "Giftige Experimente bei Rheinböllen" über die Beobachtungen von Wanderern in den 60er Jahren im Ingelheimer Wald (unterhalb des "KaNDRICHS", auf dem derzeit die sogen. Friedensstellung der Flugabwehrrakete "PATRIOT" gebaut wird). Auf diesen Artikel hin erhielten wir viele neue Informationen.

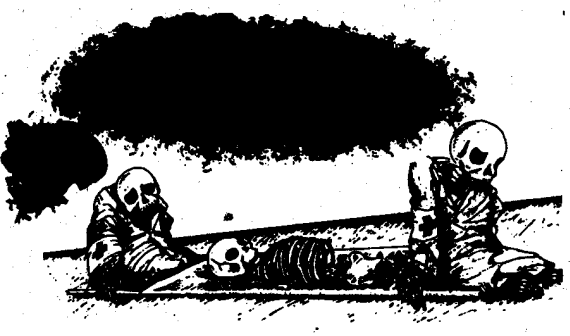
Ende der 60er Jahre, so die Information des Revierförsters auf Befragung durch das HF, wurde tatsächlich von Waldarbeitern ein chemisches Mittel, genauer ein "**wuchsstoffhemmendes** Mittel wovon 3 % mit Dieselöl aufgelöst wird, verwendet".
In einer größeren Schonung wurden damit ca. sechs Meter hohe Birken ringförmig eingestrichen. Birken sind, so der Förster, als Nutzholz nicht so interessant, wie die Douglastanne, die an der Stelle frisch eingepflanzt wurde.
Heute ist diese Schonung, nach nunmehr fast 25 Jahren, immer noch eingezäunt und mit einem noch neueren Hinweisschild versehen: "Schonung nicht betreten".
Die Birken, als Mischbepflanzung zwisachen Tannen sicher optisch ein schöner Anblick, sind jedoch nicht nur in ihrem Wachstum **gehemmt** worden, sondern sind alle tod.
Einige wenige kahle Stümpfe ragen zwischen den Tannen heraus. Die meisten sind jedoch mittlerweile abgestorben und umgekippt.

Dieses **wuchsstoffhemmende** Mittel war von Boehringer angeliefert worden und enthielt nach Informationen von dortigen Chemikern damals das hochgiftige **DIOXIN** (TCDD), welches hochgradig Erbschäden (Gebährmutterkrebs und Lungenkrebs) verursacht.
Vertrieben wurde das giftige Zeug über die Tochterfirma Cela, heute **Cela-Merck**, die viele landwirtschaftliche Chemikalien herstellt (von SchneckenTod bis Unkrautvernichtungsmittel).
Auch am Vietnamkrieg hat Boehringer mit Lieferungen über die die amerikanische Firma **Dow-Chemicals** von Bestandteilen für das Entlaubungsgift "**Agent Organge** verdient, und enorme Gewinne eingefahren.

Zum gleichen Zeitpunkt, zwischen 1962-1966 war der heutige Bundespräsident Richard v. Weizsäcker offiziell geschäftsführender Gesellschafter von C.H.Boehringer Sohn, Ingelheim Im Econ-Verlag erschien das Buch "Richard v. Weizsäcker-Profile eines

Mannes", das aber erst einen Tag nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten auf den Markt kommen durfte, aufgrund einer einstweiligen Verfügung seiner Rechtsanwälte.
Dieses Buch dokumentiert nämlich u.a. die persönliche Verantwortung des heutigen Bundespräsidenten an der Produktion und Vermarktung der hochbrisanten Boehringer-Produkte.
Auszug: "...Weizsäcker relativierte, durchdachte auch den zweiten und dritten Schritt, war schließlich der Mann, der emotionslos, realitätsorientiert und bedächtig Boehringers Projekte, Vorhaben und Zukunftsvisionen prüfte. Keine wichtige Unternehmensentscheidung fiel ohne Weizsäckers Einwilligung."
Von der IGM-Zeitschrift "METALL" nach den Abkommen zwischen Boehringer, Boehringer-Vertrieb CELA und Dow-Chemical befragt, ließ er durch seinen Sprecher erklären, er wisse "von gar nichts". Der Präsidenten-Sprecher weiter: "Er meinte, ob es überhaupt Boehringer-Ingelheim gewesen sei, es gebe ja auch noch Boehringer-Mannheim. Und diese Firma Cela sagt ihm auch nichts Besonderes..."
Es ist schon bedenklich, wie oft die uns regierenden Politiker gerade immer dann Gedächtnislücken haben wenn sie auf eine große Sauerei und ihre Verantwortung dazu hingewiesen werden.

Helmut Jordan



# Eifel in Flammen

## WALDBRANDGEFAHR-ÜBUNG OHNE MILITÄRISCHE HINTERGRÜNDE ?

An mehreren Stellen in der Nordeifel brennt der Wald. Feuerwehrkolonnen preschen über die Straßen. Hubschrauber fliegen immer wieder den Kronenburger See an, um Löschwasser aufzunehmen. Die Ortschaft Neuhaus muß evakuiert werden.
Mit diesem "Szenario" fand am 20.April rund um den Flugplatz Dahlemer Binz die größte Katastrophenschutzübung in der Geschichte der Bundesrepublik statt - genannt **"Grenzwald 1985"**.
Fast 4000 Einsatzkräfte von Feuerwehren, Technischen Hilfswerk, Katastrophenschutz, Deutschem Roten Kreuz, Bundeswehr und US-Streitkräften mit 360 Fahrzeugen waren beteiligt.
An mehreren Stellen wurden große Holzstöße entzündet, um einen **"wirklichkeitsnahen Einsatz"** zu erzielen. Gelöscht wurde zum Teil mit Hubschraubereinsätzen, an denen die Bundeswehr und die US-Army teilnahmen.
Besonders spektakulär war der erstmalige Einsatz einer "Transall"-Maschine d. Bundeswehr, die mit einem 12000 Liter fassenden Spezialtank ausgerüstet war.
Das nordrhein-westfälische Innenministerium, das gemeinsam mit dem rheinland-pfälzischen Innenministerium für die Übung verantwortlich war, versicherte, es sei völlig abwegig, in einer solchen Übung militärische Zwecke zu sehen. Die Übung sei eine rein zivile Angelegenheit.
"Grenzwald 1985" fand wenige Wochen nach WINTEX/CIMEX 1985 statt. Während dort im Rahmen einer Stabsübung (also ohne Einsatzkräfte) die zivile-militärische Zusammenarbeit geprobt wurde, übte man jetzt einen Großeinsatz, der ohne weiteres für WINTEX-Zwecke auszuwerten ist.
Hohe Bundeswehroffiziere nahmen als immer besonders begrüßte Beobachter an den entscheidenden Abschnitten der Übung teil. Fluggerät der Bundeswehr war im Einsatz.
Zudem können Waldbrände durchaus auf Ursachen militärischer Art zurückgehen, etwa auf einen Flugzeugabsturz oder einen Raketenunfall - ist die Eifel doch Stationierungsort mehrerer Jagdbombergeschwader und Übungsgebiet für die **PERSHING I** der Bundeswehr und neuerdings der **PERSHING II**.
In letzter Zeit häufen sich "Katastrophenübungen", bei denen die Evakuierung einer größeren Zahl von Menschen und eine großräumige Verkehrslenkung geprobt wird. Gerade an solchen Übungen besteht großes militärisches Interesse, weil man im

"Ernstfall" militärisch wichtige Gebiete von Zivilpersonen räumen, aber auch "wilde Fluchtbewegungen", die die Truppe stören könnten, verhindern will. Der überwiegende Teil der Helfer wird gewiß der Überzeugung sein, lediglich an einer Übung zur Bekämpfung eines Waldbrandes teilzunehmen. Doch längst sind die Helfer der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Sanitätsdienste für militärische Zwecke eingespannt, oft unter Mißbrauch der Hilfsbereitschaft und der Einsatzfreude junger Menschen.

So fällt die "Grenzwald"-Übung mit dem Drang der Bundesregierung zusammen, ein "Zivilschutzgesetz" zu verabschieden, das die zivilen Hilfsdienste noch rigoroser militärischen Belangen unterordnen will. Nicht zuletzt mit solchen Übungen, die sich den Anstrich der Abwehr real möglicher Katastrophenfälle des zivilen Lebens geben, soll eine sensibel gewordene Öffentlichkeit für das "Zivilschutzgesetz" und andere Bereiche der "Zivil-militärischen Zusammenarbeit" empfänglicher gemacht werden.

Angesichts dieser Hintergründe klingt der Dank des Innenministers Böckmann für das "bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement" der Helfer etwas schal, die bewiesen hätten, daß sie nicht nur Forderungen an den Staat stellten, sondern bereit seien, selber Verantwortung zu tragen.
Die Übung "Grenzwald" ging "erfolgreich" zu Ende, meldeten die Verantwortlichen der beiden beteiligten Bundesländer.

Wolfgang Bartels

# FASCHISMUS, NATIONALISMUS, ANTIFASCHISMUS

*von Hans-Jürgen Degen*

**Zum Faschismus**

I.
Faschismus ist ein politischer Kampfbegriff. Der Anti-Faschismus ist zu einer gewissen politischen Entleerung heruntergekommen. Dazu hat die willkürliche Etikettierung politischer Gegner als Faschisten/Neonazi etc. beigetragen. Die Reduzierung von Faschismus auf das Massenvernichtungssyndrom klammert notwendigerweise jede sachliche Auseinandersetzung mit ihm aus. Die Verengung des Faschismus zum KZ-System, auf Auschwitz macht ihn zur höchsten Form von Denunzierung politischer Gegner.

Die moralische Ausgrenzung der als »Faschisten« titulierten erübrigt jede Diskussion. Die Ausgrenzungskriterien sind meist willkürlich. Alleine schon eine kritische Auseinandersetzung mit den mit dem Kainsmal »Faschist«, Neonazi u.ä. gezeichneten Individuen, Gruppen wird zum Verdikt. Der sich so gebärdende, Kainsmale nach seinem Gusto verabreichende »Anti-Faschismus«, rückt in peinliche Nähe faschistischen Denkens und Handelns. Hier findet eine Umkehrung statt: Die im Namen des Anti-Faschismus gegen wirkliche und vermeintliche Faschisten Vorgehende zeigen Fratze und Fäuste des terroristischen Faschismus gegen Andersdenkende; im Namen von »Freiheit«, von »Sozialismus«, von »Humanität« oder wie die hehren Begriffe noch heißen, wird Psychologie des faschismus demonstriert: dessen autoritäre Charakterstruktur, dessen Scholastik, deren Ausfluß ein von allen Mißliebigen gesäubertes »Reich« ist.

Dieser meist linksgewirkte Anti-Faschismus wird zu einer Art rot-brauner anti-faschistischer Faschismus. Denn faschistische Gewaltmethoden – seien sie es auch nur verbal – gegenüber allem als »faschistisch«, »faschistoid« definiertem anzuwenden, läßt keinen anderen Schluß zu.

II.
Das 19. und 20. Jahrhundert ist geprägt von zwei Ideologien: Nationalismus und Sozialismus. Die Verschmelzung beider – scheinbar antagonistischer – politisch-ökonomischer Strömungen schien geboten, um ihren Antagonismus zu überwinden. Hatte doch der etatistische Nationalismus durch moderne Staatenbildungen der ökonomischen Entwicklung ungeheuren Aufschwung verliehen, zugleich aber eine soziale Verelendung bewirkt. – Die Etablierung des ausgebeuterischen kapitalistischen Systems unter dem Dach des Nationalstaates erzeugte zwangsläufig die Gegenbewegung des Sozialismus. Der zentralistische Nationalstaat erstarrte. Der Dynamik des sich mehr und mehr monopolistisch wandelnden Kapitalismus' mit seinen Konkurrenzzwängen konnte sich die sozialistische Bewegung (scheinbar) nicht entziehen. Die Mechanismen des Machtkampfes wurden von ihr verinnerlicht: Die Eroberung des Staates, um den Sozialismus realisieren zu können, wurde ihr primäres Ziel.

Die Vorstellung der Synthese von nationalismus und Sozialismus wurde Ausdruck einer gewissen Modernisierungstendenz. Der ihr immanenten traditionalistischen, autoritären, militaristischen Elemente konnte sie allerdings nicht entsagen. Allerdings kollidierte der latente Fortschrittsglaube und -fetischismus des 19. Jahrhunderts mit diesen Überkommenheiten. Der Nationalismus, der teils als Befreiungsnationalismus auftrat, erstarrte im Staat. Der ökonomisch-technische Fortschritt wurde einer der wichtigsten Stützen des kapitalistischen Systems. Die feudalistische Ausbeutung wurde durch das Industriesystem fortgesetzt und ins unermeßliche gesteigert. Die sozialistische Protest-Gegen-Bewegung konnte hier objektiv-praktisch kaum mehr wie als Korrektiv wirken.

Als Emanzipationsbewegung fristete die Arbeiterbewegung dagegen ein mehr kümmerliches Dasein. Denn Korrektiv konnte sie nur sein, weil sie sich den Mechanismen des kapitalistischen Systems und des Staates quasi unterwarf: Dem massiv-geschlossen auftretenden Kapitalismus trat die disziplinierte, in Gewerkschaften und Parteien organisierte, durch ihre Zentralen dirigierte Arbeiterschaft entgegen; politisch parlamentarisierte sich die Arbeiterbewegung. So integrierte sie sich in den bürgerlichen Staat. Die Militarisierung der nicht-emanzipierten Arbeiterbewegung durch den Staat fand in den Arbeiterorganisationen ihre Äquivalenz: Der Kadavergehorsam der Staatskaserne, der Fabriken, des Erziehungssystems zeigte sich als getreues Abbild in den hierarchisch strukturierten Arbeiterorganisationen. August Bebel, »Vater« der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, konzedierte dieses Phänomen mit Stolz: »Ich glaube ..., daß die Bereitwilligkeit, mit der gerade meine Parteigenossen sich der vorschriftsmäßigen Disziplin gefügt haben, ein Ausfluß der Disziplin ist, die ihnen das Leben beibringt. Die Sozialdemokratie ist also gewissermaßen eine Vorschule für den Militarismus.«

Diese Einstellung wurde honoriert. Zum Beispiel Oswald Spengler, konservativer Theoretiker, Prophet vom »Untergang des Abendlandes«, enthusiastisch 1919 zu Bebel und seiner Partei:
»In der Bebelpartei war etwas Soldatisches gewesen, das sie vor dem Sozialismus aller anderen Länder auszeichnete, klirrender Schritt der Arbeiterbataillone, ruhige Entschlossenheit, Disziplin, der Mut, für etwas Jenseitiges zu sterben.« Aus der »Vorschule des Militarismus« begeistert-diszipliniert in die Schützengräben des 1. Weltkrieges zu eilen, verwundert da nicht mehr.

Die autoritär-bürgerliche Ausrichtung des größten Teils der Arbeiterbewegung hatte kaum Spielraum für Individualität. Das in bürgerlichen Kategorien befangene proletarische Individuum konnte sich daher kaum anders als für autoritäre Problemlösungen ent-

scheiden. Der Liberalismus, für die Massen lediglich ein ökonomisches Phänomen, der als kapitalistisches Ausbeutungssystem auftrat, konnte kein Ausweg sein.

Die den autoritären kapitalistischen Systemen immanente Krise wurde folgerichtig zur Krise der autoritären Charaktere. Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts mobilisierte, »politisierte« verunsicherte Massen; sie suchten mehr und mehr einen Ausweg aus ihrer Zeit in einer Synthese der vorherrschenden Ideologien: Nationalismus und Sozialismus. Der 1. Weltkrieg setzte diese Massen dann endgültig in Bewegung. Ihre Verunsicherung durch den Zusammenbruch der alten Welt 1918, ihre autoritäre Charakterstruktur, ihre Konzeptionslosigkeit prädestinierte sie gewissermaßen für »geschlossene« politisch-ökonomische, für autoritäre Lösungen. Die faschistische »Revolution« konnte sich formieren. Die diffusen Sehnsüchte der Vielen konnten sich definieren. Die »Männer der Tat« traten auf den Plan.

III.

In der Periode des liberalen Kapitalismus der allseitigen Konkurrenz konnte sich nur eine begrenzte politische Demokratisierung durchsetzen. Sie war unfähig, die zur Macht drängenden bürgerlichen Schichten, die Unterklassen in einem Kompromißsystem zu integrieren. Das liberale System hätte in dieser Krise die Staatsmacht nur aufrechterhalten können durch eine Teil-Erfüllung der Forderungen, durch beschränkte Kooperation mit den Unterklassen. Es ging um eine Schlichterfunktion zwischen den traditionellen, den bürgerlichen und den politisch-ökonomisch-sozialen Kräften der Unterklassen. Diese mußten fähig sein, den bürgerlichen Staat und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu garantieren. Die Aufgabe dieses Kompromißsystems mußte es sein, die Unterklassen materiell zu befriedigen; politisch mußten sie in den Staat integriert werden. **Die Krise des liberalen Kapitalismus war nur in den Griff zu bekommen durch eine umfassende Befriedigungsstrategie.** Angesichts ihrer latenten Bedrohung schickten sich die herrschenden Klassen an, die dazu notwendige Kompromißbereitschaft und Dynamik zu entwickeln, ohne aber ihre Macht einzuschränken.

Die Krise des liberalen kapitalistischen Systems, ihres Staates setzte die geistige Krise voraus: Der politisch-ökonomischen Verunsicherung der Massen gaben Philosophen, politische Denker, Künstler, weltabgewandte/weltzugewandte »Theoretiker«, Rassisten, Erlösungsapostel etc. Ausdruck. Im »Zeitalter der Massen« (Gustave Le Bon) hatten die Krisenideologen Hochkonjunktur.

Friedrich Nietzsche (1844-1900) lieferte den Massen das Stichwort, sich als Elite unter den »Vielzuvielen« zu behaupten. Gewiß läßt sich Nietzsche nicht auf eine Formel bringen, dazu ist er zu vielschichtig. Aber seine hohle Pathetik erhob das Individuum mals Absolutes. Darwins naturwissenschaftliches Verständnis vom »Kampf ums Dasein« gerinnt bei Nietzsche zur philosophischen Welterklärungsformel, zum höchsten Legitimierungsprinzip hemmungslosen Kampfes in Politik und Gesellschaft. Der »Übermensch«, die »blonde Bestie« hat sich durchzusetzen gegen die »Vielzuvielen«. Dieser »Übermensch« aber kann nur *auf* den »Vielzuvielen«, den Massen seine »Höhe« erreichen. Hier nur kann er der »Einzige« sein. Der »Übermensch«, der »Einzige« ist Cäsar, ist der Duce Mussolini, ist Hitler, der »Führer«. Nietzsche, Protagonist des »Willens zur Macht«, begründete die Philosophie eines aristokratisch-gewalttätigen Elitedenkens. »Jenseits von Gut und Böse« können sich nur die Starken behaupten. Nietzsche lieferte bestechende Argumente für die anti-rationalistische Kritik der Rechten und auch der Linken am bestehenden Gesellschaftssystem. –

Georges Sorel (1847-1922) ist ebensowenig wie Nietzsche auf eine Formel zu bringen. Er war Mitdenker für rechts und links; er gab Stichworte für den Syndikalismus wie für den Faschismus; er pendelte von Marx zu Nietzsche und Henri Bergson bis zu Lenin. Sein »revolutionärer« Irrationalismus mündete in eine »Philosophie der Tat«: Die Männer der Stunde sind Männer der Tat – ob sie nun auf der Linken oder Rechten stehen. So ist es natürlich, daß der Aktionismus von rechts und links zusammenfließen kann in eine Synthese. Sorel formulierte zwei zentrale Vorstellungen, die später vom Faschismus übernommen wurden:

1. den Begriff des politischen »Mythos«, des Irrationalen, an dem sich Massen berauschen, aus der heraus »Aktion« (zeitweise verwendete Sorel für diesen begriff den des »Generalstreiks«) zur Zerschlagung der parlamentarischen Demokratie entstand;
2. den Elitegedanken: Allein nur eine Elite kann den (notwendigen) Machtstaat, die Herrschaft derselben, mit Gewalt aufrechterhalten. –

Vilfredo Pareto (1848-1923) setzte auf die Dialektik von Stabilität und Krise: In politisch-sozial stabilen Zeiten herrscht »logisches Denken«, in Krisenzeiten die »Tatmenschen«. Die Krise der bürgerlich-demokratisch-kapitalistischen Gesellschaft braucht den Umsturz zur Erneuerung des Staates. Damit einher geht die Umschichtung der Eliten. Die Massen sind deren Transmissionsriemen. Einer »Gleichmacherei«, auf den nach Pareto der Marxismus abzielt, ist durch Elitenherrschaft entgegenzuwirken. Dem flachen bürgerlichen Patriotismus ist Sinn zu geben, Endzeiterwartungen sind Illusionen. Die herrschenden Eliten stehen in ständigem Kampf um Erhalt ihrer Macht. Verlieren sie diese, herrscht eine neue Elite. Herrschaft gründet sich auf der »Zirkulation der Eliten«.

Die Tiefe und Breite der Verachtung der bürgerlichen Gesellschaft durch Theoretiker, Literaten, Künstler der Krise, findet kaum seinesgleichen. Das Konstatieren der Krise in der traditionellen Arbeiterbewegung läßt sie nach Formen sozialen Ausgleichs suchen.

Der erstarrenden bürgerlichen Gesellschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts, dem Vergangenheitskult, der reaktionären Mentalität ist der Wille zu realen Lösungen aus der Misere, ist Wille nach Synthese, nach dem Sinn des Daseins zu geben. Es ging darum, wie es 1913 Mussolini formulierte, den »...Menschen von seiner Vergangenheit zu erlösen, (was) heißt: all das neu zu schaffen, was jemals war, bis der Wille sagen kann: ›Ja, so wollte ich es, so werde ich es wollen‹.« Um der »Umwertung aller Werte« (Nietzsche) gegenzusteuern, um gesellschaftliche Halbheiten, die Krise zu bewältigen, muß der bürgerliche Mensch überwunden werden. Noch 1925, als die »Zirkulation der Eliten« schon in vollem Gange war, schrieb Adolf Hitler in »Mein Kampf«: »Nein, darüber sollen wir uns alle gar keiner Täuschung hingeben: Unser derzeitiges Bürgertum ist für jede erhabene Aufgabe der Menschheit bereits wertlos geworden ...«

Der anti-bürgerliche Affekt, der sich in politischen Theorien, Philosophien, in der Literatur, in der bildenden Kunst (z.B. im Futurismus) niederschlug, war eine anti-modernistische und zugleich eine modernistische Tendenz: Bewahrenswertes konservieren, reaktionäre Systeme überwinden, technischen Fortschritt forcieren. Das in einem starken »Führerstaat«, getragen von einer »verschworenen Volksgemeinschaft« (Hitler) zu bündeln – das wird zur Sehnsucht der Vielen. Aber erst die »Entwurzelung« dieser Vielen nach dem vierjährigen »Stahlbad« des 1. Weltkrieges; die Deklassierung der herrschenden Eliten und ihrer Basis; die sozialökonomische Krisenlage, die soziale Unsicherheit und Bedrohung, die zunehmende Proletarisierung des Mittelstandes, die Verelendung breiter Volksschichten bedeutete – das erst setzte Volksmassen in Bewegung. Vor diesem Hintergrund konnten faschistische Bewegungen die sozialen und geistigen, die psychologischen Bedürfnisse der Massen aufgreifen – u.a. durch geschickte Propaganda –, vermitteln und in Aktion umsetzen.

Der Faschismus war eine gesamteuropäische Erscheinung. Verankern konnte er sich in eindeutig industriell geprägten Ländern (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und auch in eindeutig agrarisch bestimmten (Griechenland, Spanien, Ungarn). Trotz fast identischer Voraussetzungen weisen die faschistischen Bewegungen nationale Charakteristika auf. Die Programmatik der Bewegungen ähneln sich. Zentrale Programmpunkte sind: Anti-Marxismus, Anti-Liberalismus, Anti-Kapitalismus, Gemeinschaftsideologie, Eigentumsideologie, Militarismus und imperialistische Zielsetzungen, Führerprinzip, Bekenntnis zum starken Staat, Absage an politischen und kulturellen Pluralismus. –

Die »Sündenbockphilosophie« (Rassismus/Antisemitismus) gehörte nur bedingt zum ideologischen Arsenal des Faschismus. Während der Antisemitismus/Rassismus für den Nationalsozialismus zentrale Funktion erfüllte, spielte er z.B. in Spanien und den Niederlanden überhaupt keine Rolle. In Italien, wo Juden in den Gründerjahren an führender Stelle der faschistischen Bewegung fungierten, wurde der Antisemitismus erst ab Ende der 30er Jahre unter Druck NS-Deutschlands zu einem Faktor.

IV

Das Konglomerat reaktionärer Ideologien, sozialer »Utopien«, Nationalismus, religiöser Intoleranz, romantischen Konservativismus, militärischen Vorstellungen, historischem Sendungsbewußtsein, klassenkämpferischen Attitüden, Antisemitismus ... bildete einen Chauvinismus, der den Exzeß des Faschismus ausmachte. Objektiv war der Chauvinismus Instrument zur Lösung der Krise der bürgerli-

chen Gesellschaft. Der Faschismus entpuppte sich als ein System politisch-sozialer Unmündigkeit der von ihm getragenen und gleichzeitig dirigierten Massen. **An dieser Unmündigkeit hat die bürgerliche Gesellschaft ein natürliches Interesse.** Die (marxistische) Arbeiterbewegung mit ihrem Emanzipationsanspruch hatte sich als unfähig erwiesen, diese Unmündigkeit zu beseitigen. Es war ihre Anpassungs-/Kompromißpolitik gegenüber dem bürgerlich-kapitalistischen Staat, ihre Fixierung auf (äußerst notwendige) Hebung des Lebensstandards der Arbeiterklasse, die ihr ihre Zielverfehlung programmierte: die Emanzipation der Unterprivilegierten von der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Staates. Dem Verbalantikapitalismus der Arbeiterbewegung fehlte die adäquate Lebens-Organisations-Praxis; ihr fehlte das Bewußtsein der Notwendigkeit des Bruchs mit der bürgerlichen Gesellschaft und ihrem Staat durch eine alternative Lebenspraxis. Ihr fehlte einfach die Vision einer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsformation.

**So bildete die Arbeiterbewegung quasi die soziale Fraktion der bürgerlichen Gesellschaft.** Deshalb konnte sie auch nicht immun sein gegen den zur Macht drängenden, die Macht ausübenden Faschismus. Von ihr konnte also kein Massenwiderstand gegen den Faschismus kommen. Die Arbeiterbewegung ist »durch die autoritäre Schule des Staates marschiert und (war) nicht fähig, absolut selbständig zu denken und zu handeln« (Ernst Friedrich). Ihre autoritäre Charakterstruktur ließ zwar Haß auf die bürgerliche Gesellschaft, auf den Kapitalismus zu, aber der »Haß ... auf die Kapitalisten (beruhte) ... kaum auf einer inneren Verpflichtung auf Freiheit und Gleichheit« (Erich Fromm).

Die »antikapitalistische Sehnsucht« (NSDAP-Organisationsleiter Gregor Strasser 1932) hatte zweifellos nach dem 1. Weltkrieg breite Volksmassen ergriffen. Die vom bürgerlichen System Enttäuschten konnten mit dem Begriffsinstrumentarium der vorherrschenden bürgerlichen Gesellschaft und dem der Arbeiterbewegung für die vagen Vorstellungen eines »nationalen Sozialismus« gewonnen werden. Verkannt werden darf dabei nicht, daß vielen Protagonisten dieses »nationalen Sozialismus'« subjektive Ehrlichkeit und Überzeugtheit kaum abzusprechen ist.

So verwundert es dann auch nicht, daß der »proletarische« Flügel der faschistischen Bewegungen das Bewußtsein hatte, unter dem faschistischen Regime im Sozialismus zu leben. Das Gefühl, in einer solidarischen »Volksgemeinschaft« aufgehoben zu sein, wurde permanent durch die faschistische Sozialdemagogie vermittelt. Die Verabsolutierung der Ideologie völliger Harmonie, die Ausklammerung gesellschaftlicher Antagonismen durch die faschistische Ideologie und Institutionen, legte die Verführbarkeit bürgerlichen und proletarischen Geistes offen. Die fehlgeleiteten Vorstellungen von Kollektivleben bewirkte die Flucht von Massen aus gesellschaftlichen Realitäten. Der Aufstieg, die Herrschaft der neuen Eliten im Faschismus, die personell nur bedingt mit denen der alten identisch waren, war eben erst durch diese Flucht in die Pseudo-»Volksgemeinschaft« möglich. Die Sehnsucht der Massen nach Beendigung von Entfremdung drückte sich aus in individueller und kollektiver Selbstaufgabe, in der Selbstausschaltung vor der »Macht«. Illusionen über die Wirklichkeit, über die Möglichkeit der Vereinfachung des Lebens durch Dirigismus, das Gefühl der Unentbehrlichkeit, das vermittelte den Massen den Glauben, in einer »heroischen Zeit eine heroische Mission« (Mussolini) zu erfüllen.

Die »Sozialismen« der Faschismen hatten Wurzeln in der sozialistischen Bewegung. Die faschistischen Ideologen und Politiker entstammten zu einem nicht geringen Prozentsatz der sozialistisch-kommunistischen Bewegung [u.a. Mussolini, Doriot (Frankreich), Mosley (Großbritannien)]. Zum Teil hatten sie in ihr Führungspositionen inne. Elemente der Rhetorik, Symbolik und Taktik der sozialistisch-kommunistischen Bewegungen flossen ein in die faschistischen Bewegungen.

Benito Mussolini, aus proletarischen Verhältnissen kommend, marxistisch geschult, syndikalistisch-anarchistisch beeinflußt, setzte dem von italienischen marxistischen Organisationen entlehnten Zentralismus italienischen Chauvinismus zu. Der gelegentliche Terror aus der Arbeiterbewegung wurde ausgeweitet zum allumfassenden Terror der Faschisten gegen alle ihre Gegner. –

Hitlers politische Sozialisation war frei von jeglichem sozialistisch-kommunistischem Einfluß. Ihn faszinierte aber, wie er unverhohlen in »Mein Kampf« darlegt, die Massendisziplin, die Massenmanifestationen, die Taktik der sozialistischen Bewegung. Ihre rote Fahnen schätzte er wegen ihrer psychologischen Wirkung. Und er verstand es als eine bewußte Provokation gegenüber dem »Marxismus«, daß er gerade dieses Rot (für Fahnen, Plakate u.ä.) übernahm. –

Jacques Doriot, Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre ZK-Mitglied der französischen Kommunistischen Partei, verließ diese, weil sie seine Volksfrontpolitik verurteilte, die sie dann 1935 auf Geheiß der Komintern doch vollzog. Die Gründungsmitglieder von Doriots Volkspartei Frankreichs waren fast ausschließlich Kommunisten und Sozialisten, die auf die »nationale« Linie einschwenkten. Dem Klassenkampf, der »sozialistischen Revolution« hat die Doriot-Bewegung, auch unter der deutschen Besatzung, mit der sie kollaborierte, nie entsagt. –

Oswald Mosley, dem britischen Adel entstammend, brach mit dieser Gesellschaft und mit der Konservativen Partei und wurde Linksaußen der Labour-Party im britischen Parlament. Er brach mit ihr, weil sie sich seinen radikalen Vorschlägen zur Lösung der Arbeitslosenfrage nicht anschloß. Er sammelte enttäuschte Labour-Anhänger und verschiedene faschistische Splittergruppen und gründete eine »moderne Bewegung« – die British Union of Fascists. Für sie formulierte er ein Wirtschaftsprogramm, das streckenweise links von der Labour-Programmatik angesiedelt war. Die Programmatik der anderen faschistischen Bewegungen konnte hier keinem Vergleich standhalten. –

José Antonio Primo de Rivera war der Sohn des spanischen Diktators de Rivera und Monarchist. Vom Monarchismus wandte er sich ab, gründete nach dem Vorbild Mussolinis und Hitlers eine faschistische »Bewegung«. Bald schloß er sich mit anderen faschistischen Gruppierungen zu einer Einheitspartei zusammen, deren »Führer« er »auf immer« wurde. Ihre Mitglieder waren Studenten und Arbeiter; sie waren einst Monarchisten, Kommunisten, Trotzkisten, Anarcho-Syndikalisten. Ihren größten Anhang fand die Einheitspartei in den Zentren des Anarcho-Syndikalismus. Von ihm übernahm sie die schwarz-rote Fahne. Ihre Organisationsstruktur leitete sie bewußt von zentralistisch-kommunistischen Organisationen ab. Ihre soziale Programmatik deckte sich in groben Zügen mit der der spanischen Arbeiterbewegung. –

Die faschistischen Bewegungen ließen sich in Rechts-, Links- und Klerikal-Faschismus einteilen. Der Nationalsozialismus nahm eine Sonderstellung innerhalb der faschistischen Regimes ein. In ihm formierte sich die herrschende Partei (NSDAP) mit Teilen der alten herrschenden Eliten zu einem neuen Herrschaftstyp; das Bündnis der »plebejischen« NSDAP mit Teilen der Oberklasse führte zur »Arbeitsteilung«: Die Staatsmacht war fast ausschließlich das Instrument der NSDAP bzw. Hitlers; die Wirtschaft stand unter der Ägide der Partei in Form einer Quasi-Planwirtschaft. Unter dieser konnte das kapitalistische System, wenn auch unter erheblichen sozialen Zugeständnissen an die Lohnabhängigen, hemmungslos expandieren. Die imperialistische Zielsetzung des Nationalsozialismus begünstigte eben enorm durch massive Aufrüstung ökonomisches Wachstum.

Die Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterbewegung ermöglichte die Nivellierung der Lohnabhängigen in der Deutschen Einheitsfront. In ihr kanalisierte, im Bündnis mit der herrschenden Parteielite, das Unternehmertum soziale Divergenzen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, bisher unbekannte soziale Gesetzgebungsmaßnahmen, die Schaffung sozialer Einrichtungen »versöhnte« große Teile der Lohnabhängigen mit dem herrschenden Wirtschaftssystem.

Seiner Praxis nach war der Nationalsozialismus ein rechtsfaschistisches System. Die Linkstendenzen in der NSDAP wurden im wesentlichen in zwei spektakulären Schüben ausgeschaltet: 1930 mit dem Ausschluß/Austritt des Strasser-Flügels; 1934 mit der Liquidierung der SA-Führung und damit des »proletarischen«, die »zweite Revolution« fordernden Flügels. Damit hatte im deutschen Faschismus endgültig und eindeutig die reaktionäre Komponente die Oberhand gewonnen. Die »Sündenbockphilosophie« kehrte sich in die Praxis: Der Terror gegen die Gegner der NS-Diktatur, gegen andere Mißliebige steigerte sich bis zu deren physischer Vernichtung; die fabrikmäßige Vernichtung eines großen Teils des europäischen Judentums, von Zigeunern, Polen u.a. war die letzte Konsequenz der Rassenideologie.

V.

Der Faschismus ist nicht, wie z.B. der Marxismus, der Entwurf eines oder mehrerer Vordenker. Die faschistische Ideologie ist der Zusammenfluß heterogener geistiger Strömungen. Sie ist ein eklektizistisches System (sie nimmt von allem etwas). Deren Hauptbestandteile sind »Nationalismus« und »Sozialismus«. Diese in der Synthese mit verschiedenen historischen, philosophischen, mystischen etc. Elementen erwuchsen sich zum Chauvinimus. Die verschiedenen Quellen des Faschismus sind Ausdruck verschiedener Be-

dürfnisse. Diese mußten nur gebündelt und artikuliert werden. Sie konnten dann in einer aktuellen politischen (Ende des 1.Weltkrieges) und ökonomischen (Inflation, Weltwirtschaftskrise) Situation politisch-ökonomisch in Macht umgesetzt werden. Das Versagen der Arbeiterbewegung und das der traditionellen demokratischen Kräfte bei der Verhinderung des Faschismus ist darauf zurückzuführen, daß dieser Elemente ihres Wollens, ihre Bedürfnisse aufgegriffen hatte und zu vertreten wußte. Letztlich ist Faschismus ein die psychischen Bedürfnisse des bürgerlichen Menschen artikulierende und realisierende Bewegung.

Der Faschismus reduziert geistige Bedürfnisse der Menschen auf wenige stereotype Welterklärungsformeln. Die Befriedigung physischer Bedürfnisse der Menschen werden dem Faschismus zum Ideologie-Vehikel. Faschismus ist für die Massen mehr Triebbefriedigung als intellektuelle Aufgabe. Das Aufgehen des Individuums in kollektivem körperlichen Handeln, in kollektiver Gewaltausübung entbindet von persönlicher Verantwortung, von individuellen moralischen Skrupeln: Die Verantwortlichkeit für Verbrechen liegt nicht beim Individuum, sondern beim Kollektiv bzw. beim »Führer«. Dessen »Vorsehung« steht aber jenseits jeglicher moralischer Kategorien. Damit wird die Moral des »Herrenmenschen« zum Absoluten. Unrechtsbewußtsein ist in solch privilegierter Position »Herrenmenschen« etwas völlig Fremdes.

Unter den zahlreichen Komponenten, die den Faschismus ausmachen, stehen drei zentrale im Vordergrund: die geistig-ideologische, die ökonomische, die triebpsychologische. Die geistig-ideologische ist weitgehend veraltet und hat sich daher im wesentlichen überlebt. Die ökonomische, die die Krise des kapitalistischen Systems in einem ganz bestimmten Zeitraum von dessen Entwicklung demonstrierte, wird heutzutage von einem Krisenmangement bewältigt, ohne daß dieses direkt zur politischen Macht greifen muß. Die triebpsychologische hat dagegen kaum etwas von ihrer Relevanz eingebüßt.

In der Deutschen Arbeitsfront saßen nach dem nationalsozialistischen Selbstverständnis Unternehmer und Arbeiter zusammen, um für das Wohl der »Volksgemeinschaft« zu wirken. So schien für viele der Traum vom Sozialismus im Nationalsozialismus Gestalt anzunehmen. Der »Deutsche Sozialismus« erfüllte Hoffnungen; er kompensierte diffuse Sozialismusvorstellungen von großen Teilen der Lohnabhängigen. Gleichzeitig zog er die kleinbürgerlichen Massen an, da ein solcher Sozialismus für sie keine Bedrohung mehr darstellte. Robert Ley, Führer der Deutschen Arbeitsfront, definierte 1937 diesen mehr gefühlsbeladenen als konkreten Nationalsozialismus: »Sozialismus ist Lebensbejahung, Sozialismus ist Gemeinschaft, Sozialismus ist Kampf, Sozialismus ist Kameradschaft und Treue, Sozialismus ist Ehre, Sozialismus ... Blut und die Rasse, der heilige tiefernste Glaube an einen Gott.«

Der historische Faschismus hat sich »in seiner Epoche« (Ernst Nolte) desavouiert. Seine Funktion als zeitgemäßer Krisenbewältiger hat er erfüllt. Der historische Faschismus hat spätestens mit der Beseitigung der faschistischen Staaten 1945 sein Ende gefunden. Bewegungen, die sich bewußt am traditionellen Faschismus orientieren, haben das Scheitern schon vorprogrammiert. Die Gefahr ihrer Durchsetzung ist irrelevant. Ihre *Aufbauschung* durch gesteigertes öffentliches Interesse, durch anti-faschistische Aktionen und dergl., steht in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung. Die Fixierung auf neofaschistische/neonazistische Phänomene, Individuen, Gruppierungen lenkt notwendige Aufmerksamkeit ab von relevanten Faschisierungstendenzen in Gesellschaft und Staat.

Der Faschismus ist durchaus noch eine politische Bewegung der Gegenwart. Er bietet sich nach wie vor an zur »Lösung« für anstehende gesellschaftlich-politisch-ökonomische Probleme. Die Gefahr des Faschismus besteht u.a. dann, wenn Menschen angesichts gesellschaftspolitischer Miseren der Resignation verfallen, sich zurückziehen, um ihre »heile Welt« zu leben; wenn Menschen ihre Interessen immer mehr dem Staat, Institutionen, Parlamenten, Parteien u.a. Organisationen überantworten, statt diese durch Selbstorganisation zu ersetzen; wenn Menschen sich immer mehr der fortschreitenden Bürokratisierung ergeben, statt Bürokratie auf ein notwendiges Maß zurückzuschrauben; wenn Menschen sich »geschlossenen« Lösungen für anstehende Probleme anschließen, d.h., daß sie die Vielschichtigkeit gesellschaftlich-politisch-ökonomischer Prozesse ignorieren und sich stattdessen einem alles erklärenden ideologischen System verschreiben; wenn Menschen weiterhin Gewalt in den zwischenmenschlichen Beziehungen, in den Beziehungen zwischen Völkern, in den unterschiedlichsten Gesellschaftssystemen und Staaten hinnehmen, als Normalität akzeptieren; wenn Menschen grundsätzlich bereit sind, die Freiheit des Individuums im Namen einer Ideologie, des Staates beschneiden zu lassen, statt alles zu ihrer Entfaltung mögliche zu tun.

# Hohe Gewinne, aber in der Lohntüte ~~kaum~~ nicht mehr

## LOHNABBAU contra MAXIMALPROFIT

Unbegrenzte Aufstiegschancen versprach Ronald Reagen der "deutschen Jugend" in seiner Rede auf dem Hambacher Schloß.
Wahrlich ein geniales Versprechen: Die 140.000 arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren, die offiziell gemeldet sind, die sollen einfach "Unternehmer" werden.
Auch Haussmann, seines Zeichens Generalsekretär der FDP, will das Seinige tun.
Er posaunte es laut hinaus: Das Tarifsystem soll "gelockert" werden. Überall findet er Anhänger für diesen Vorschlag, bis in die Reihen der SPD, wo sich Leber für diese Lohnraubpläne stark macht.
Scheinheilig zeigen sich Haussmann und Konsorten be-

Le Monde

sorgt um die Arbeitslosen: Wären die Löhne nicht so hoch, gäbe es weniger Arbeitslose.
In Wirklichkeit geht es darum, das Lohnniveau der Werktätigen zu drücken, das Volk noch stärker auszuplündern und ihre Profitrate noch weiter zu steigern.
Denn -anstatt neue Arbeitsplätze zu schaffen- würden die Unternehmer verstärkt entlassen, um die so arbeitslos gewordenen Beschäftigten dann zu Hungerlöhnen einzustellen. Schon heute arbeiten viele Sozialhilfeempfänger gezwungenermaßen für eine Mark pro Stunde.
Monopolkapitalisten legen den Kurs fest.
In seiner "Information und Meinungen" 12/83 formulierte der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie -Monopolverband-):

"Kostenentlastung der Unternehmen durch Abbau beschäftigungshemmender Vorschriften..." ! (zitiert n. W.Dickhut, "Krisen u. Klassenkampf").
"Diese Politik", so schreiben die Monopolvertreter im Jahresbericht 1983 der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, "muß flankiert werden durch eine Reihe zusätzlicher auf den Arbeitsmarkt zielender Maßnahmen, so vor allem
+ durch eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeitformen einschließlich Teilzeitarbeit (...)
+ durch die Korrektur beschäftigungshemmender Regelungen (...)".

Aber seit dem Streik um die 35-Stundenwoche bei vollem Lohn, kam der gewachsene Kampfeswillen der Werktätigen in vielen Aktionen zum Ausdruck, der sich auch gegen die Ver"Flick"ten, und Grafen wenden kann !

Michael Jordan

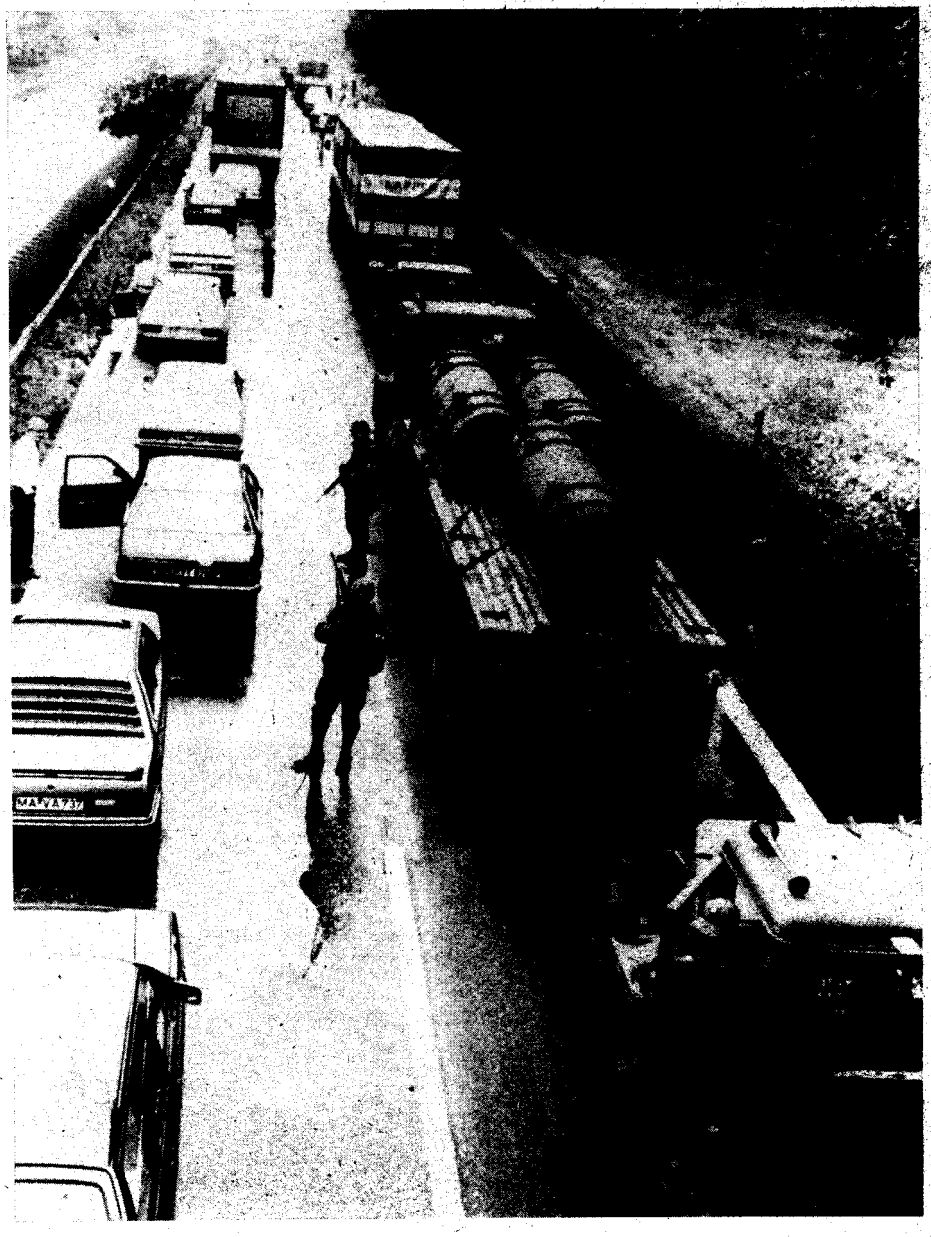
# Giftgas in der BRD

## Uns droht in der BRD nicht nur eine atomare, sondern auch eine "chemische" Nachrüstung (Teil 2)

Wie steht es bei uns mit dem Recht der Menschen auf Bewahrung von Gesundheit und Leben ?
Diese Lagerung verstößt gegen die Souveränität der BRD. Schon in Friedenszeiten gewährden Lagerung und Transporte dieser Giftgase die Bevölkerung aufs Höchste!

In den USA hingegen sind die C-Waffenlager der Bevölkerung bekannt.
Transporte müssen 30 Tage vorher dem Kongreß gemeldet werden.

**Gefahren**
Die Gefährdungen der Bevölkerung in der dicht besiedelten BRD - von den Poli-

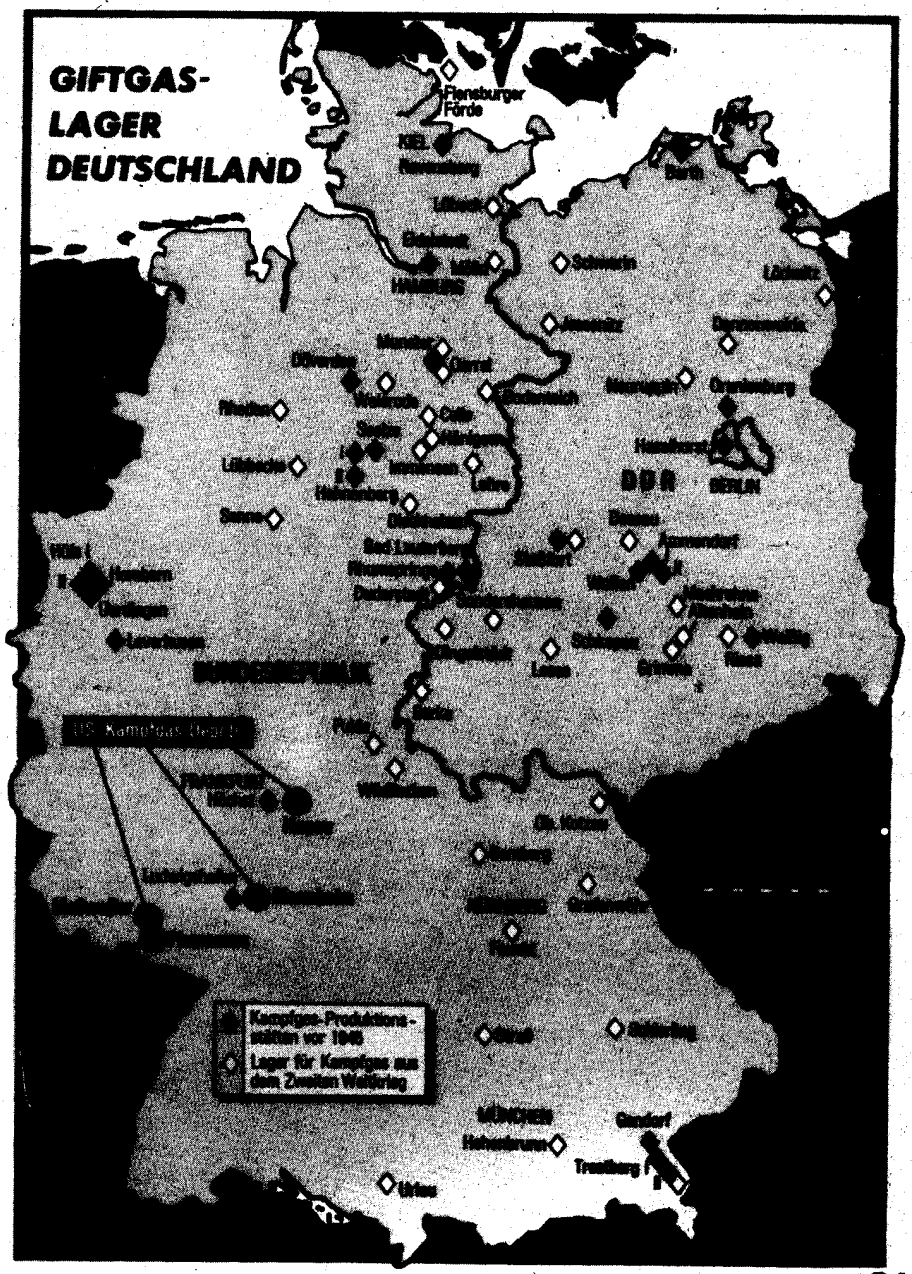


tikern immer wieder heruntergespielt - sind unvorstellbar groß.
- Es kann zu Unfällen beim An- und Abtransport kommen. Die UNfallgefahren beim Transport sind verheerend. DOSCH(Biochemiker) hat ausgerechnet, daß 17,4 Tonnen des StoffesVX ausreichen, um die gesamte Bevölkerung der Bundesrepublik zu töten; diese Menge entspricht genau dem Inhalt eines Tankwagens.
1 Gramm des Stoffes kann bis zu 2500 Menschen töten.
- Die Behälter werden mit der Zeit undicht, und das Giftgas strömt aus.
Die Amerikaner rechnen mit etwa 200 Unfällen in deutschen Giftgaslagern pro Jahr (Angabe des amerik. Senators Henry Jackson).
In den Giftgasen sind rostfördernde Substanzen enthalten.
Was passiert, wenn die Amerikaner einmal die Kontrolle über die Lecklöcher verlieren ?
Hinzu kommt, daß die Depots z.T. in einem katastrophalen Zustand sind, wie eine Expertenkommission des Pentagon bestätigte.
- Die Vernichtung unbrauchbar gewordenen Bestände ist überaus schwierig. Die meisten chemischen Kampfstoffe sind sehr stabil, so daß deren Vernichtung unter Umständen teurer als die Herstellung sein würde.
Nach dem 2.Weltkrieg und sogar noch vor ein paar Jahren wurden die chemischen Kampfstoffe einfach im Meer versenkt.

Wie steht's angesichts der genannten Gefahrenquellen mit dem Zivilschutz ?
Zivilschutz gibt es nicht!
Die Bevölkerung ist schutz und hilflos. Eine Ausbildung der Bundeswehr auf diesem Gebiet ist unzureichend, es fehlt an entsprechenden Einrichtungen oder Spezialkliniken.
Wirksame Gegenmaßnahmen sind im Kriegsfall ohnehin nicht gewährleistet.
Die amerikanische Regierung spricht davon, daß "gewisse Risiken" für Truppen als auch für Zivilpersonen bestehen, die durch Transporte und Lagerung der Nervengase betroffen sind; das heißt vom Ankunftshafen Nordenham bis zu den Armeedepots an vielen Plätzen der BRD.
Doch unsere Politiker regen sich nicht !

## LAGERUNG IN DER BRD ODER: GIFTGASDEPONIE DEUTSCHLAND

Während amerikanische Regierungsbeamte von einem Lager sprechen, geht die Bundesregierung in ihren Antworten auf Anfragen immer von "Lagerstätten" aus.
Gestützt auf öffentlich zugängliche Informationen ("Der chem. Alptraum" und "Giftgas in der Bundesrepublik") und Aussagen des J.P.Robinson (1980) sowie Angaben bei parlamentarischen Anfragen (1969), werden folgende Orte vermutet:
- **PIRMASENS** (Fischbach): 640. Feldzeugkompanie
- **MIESAU** b. Landshut: 9. Feldzeugkompanie
- **WEILERBACH** b. Kaiserslautern: 9. Feldzeugkompanie

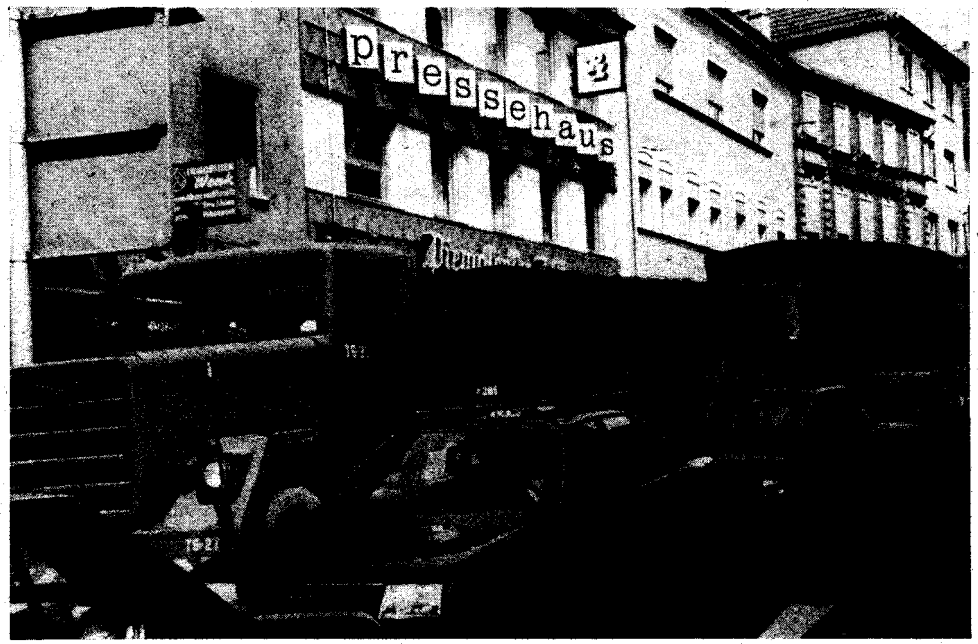


- **KRIEGSFELD** zwischen Bad Kreuznach u. Kirchheimbolanden: 619. Feldzeugkompa.
- **SIEGELBACH** b. Kaiserslautern: 525. Feldzeugkomp. oder **SIEGELSBACH** b. Bad Rappenau

Außerdem sind noch folgende Orte im Gespräch:
Mannheim/Viernheim (Käfertaler Wald), Hanau, Maßweiler, Reinheim (b. Darmstadt), Mörfelden.

## FISCHBACH, DAS GRÖßTE US-GIFTGAS-DEPOT

Ein Sondertransport der US-Army mit chem. Kampfstoffen rollte im Sept.'79 ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen mitten durch Pirmasens.




Eine "Monitor-Sendung" des ARD brachte daraufhin einen Informationsbeitrag und wies auf die Lagerung von 2000 Tonnen des gefährlichen Nervengases **Sarin** und **VX** in Fischbach bei Pirmasens hin (**die Menge reicht aus, um die ganze Erdbevölkerung umzubringen**).
Nach Arkin, einem amerik. Militärwissenschaftler, ist Fischbach wegen der abgeschiedenen Lage der am ehesten geeigente Standort für die Lagerung von Giftgaswaffen.
Zweifel an der Lagerung bestehen nicht mehr; Rätselraten gibt es mittlerweile nur noch darüber, ob es sich "nur" um 2000 oder eher um 10.000 Tonnen handelt.
KLEINERT (Leiter des Filmteams "Monitor"): "Außerdem existiert neben diesem Depot ein weiteres für atomare Sprengköpfe. Beide Lager umfassen 122 Bunker. Die Giftgase werden meist per Tankwagen antransportiert und in einem speziellen Gebäude in Munition für 155 mm-Haubitzen, Fliegerbomben, Pershing-Raketen, Lance-Sprengköpfen und Mehrfach-Raktenwerfer abgefüllt."
In diesem Zusammenhang noch eine wichtige Meldung:
Die 59. Artilleriebrigade der US-Army in Pirmasens ist verantwortlich für die Überwachung aller Sprengköpfe der NATO in Westeuropa und somit für die chemischen Operationen der US-Army.
Der Generalstab, bestehend aus drei Kommandeuren, ist **"VIETNAMERPROBT"** (klar, in Vietnam wurde auch Giftgas eingesetzt!).
Vor kurzem wurde ein Top-General ausgetauscht und der Neue ist Bakteriologe! und zuständig für die "biologische Kriegsführung".
Im Bereich des Generals können biologische Kampfstoffe in binären Systemen produziert werden.

Binäre Milzbrandkulturen hat man im Reagenzglas vorrätig, deren Wirkung genau 4 Tage anhält, denn dann sind die Kulturen abgestorben. Zurück bleibt nach ihrem Einsatz auf dem Kriegsschauplatz ein von menschlichem Leben ausgestorbenes Gebiet, das noch nicht einmal entseucht werden muß... es ist wieder völlig 'sauber'!
Tja, und diese Giftgase lagern ganz in unserer Nähe!

## WIDERSTAND

Im Bewußtsein für den Frieden schlossen sich gemeinsam gegen Giftgas aus allen Giftgaslagergebieten Bürger u. Initiativen zu einem Bundesverband gegen Giftgas e.V. zusammen.
Ihre Arbeit besteht in der Aufklärung der Bevölkerung und dem Formieren des Widerstands gegen chemische Kampfstoffe.
Julius Lehlbach, Deutscher Gewerkschaftsbund-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, hat eine weitere Aktion ins Leben gerufen. Er will die Kampfstofflagerung in der Bundesrepublik verbieten lassen.
Da C-Waffen nur für einen **Angriff** taugen, seien sie eine Bedrohung für den Frieden und deshalb grundgesetzwidrig.
Sie verstoßen gegen das in Artikel 26 des Grundgesetzes verankerte Verbot der Friedensstörung. Wenn es Bestimmungen, Gesetze, Verordnungen oder Verträge gibt, die diese tödliche Bedrohung für uns alle zulassen, dann müssen diese demokratisch und schnell geändert werden!
Der DGB hat eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein-

gereicht wegen der Lagerung von Nervengiften in der Westpfalz.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun festzustellen, ob die BRD ein souveränes oder besetztes Land ist. Es muß entscheiden ob wir gegen Völkerrecht und Grundgesetz der Gefahr der Vernichtung durch Giftgas ausgesetzt werden dürfen.

Der DGB verlangt den Abtransport und die Vernichtung des von den Amerikanern in der BRD gelagerten Giftgases.

Das Verbot der B- und C-Waffen muß mit in die GenferAbrüstungsverhandlungen einbezogen werden.

Außerdem wird eine giftgasfreie Zone in Mitteleuropa gefordert, wie sie auch von der DDR und CSSR verlangt wird.

Dies kann uns dem Ziel eines vollständigen Verbots der Herstellung, der Lagerung, des Transports u. des Einsatzes aller chemischer, biologischer und Toxinwaffen näherbringen. Denn der einzigste Schutz für die Bevölkerung kann nur die vollkommene Entfernung aller ABC-Kampfstoffe aus der BRD sein - sonst wird es bei einer Auseinandersetzung der Machtblöcke zur totalen Ausrottung beider deutscher Staaten kommen.

## SIND GIFTGASE VERTEIDIGUNGSWAFFEN ? WER HAT INTERESSE AM GIFTGAS ?

Mit ständig wechselnden Begründungen versuchten die Befürworter einer staken chemischen Überlegenheit der US-Armee den US-Kongreß zur Aufhebung des 1969 von Präsident Nixon verkündeten Produktionsstopps für chemische Kampfstoffe zu gewinnen.

1982 widerrief Präsident Reagen das Produktionsmoratorium und forderte die erneute Produktionsaufnahme für chem. Kampfstoffe.

"Das Vorhandensein eines nicht unerheblichen Potentials der C-Kriegsführung hebt die nukleare Schwelle an und bildet eine notwendige Antwort, die die Sowjetunion und daher auch die Vereinigten Staaten nicht gefährden kann... Vorgeschobene Lager mit chem. Munition der NATO sind in ausreichender Zahl nötig, um die C-Kriegsführung wirksam zu unterstützen und damit einen günstigen Ausgang zu erreichen."(Major Bambini in Zeitschrift 'Military Review', April '81)

Der amerikanische Präsident hat erklärt, die Herstellung tödlicher binärer Munition sei in nationalem Interesse unbedingt erforderlich.

LEHLBACH, DGB-Landesvorsitzender meint hierzu, daß dieses nationale Interesse nicht dem nationalen Interesse der Bundesrepublik entspricht, denn binäres Nervengas wird als Gefechtsfeldwaffe dort gelagert, wo sein Einsatz auch vorgesehen ist, nämlich in der Bundesrepublik.

In Amerika besteht die Gefahr eines Giftgaskrieges nicht, hier bei uns wächst die Gefahr ständig. Denn, so der US-Senator Mark Hatfield, **"Europa ist das potentielle Schlachtfeld für Amerika".**

Wenn also die Abschreckung versagt ist Deutschland der Schauplatz des Krieges, denn die DDR ist im Warschauer Pakt ebenfalls der einzigste Staat mit C-Waffen. Über das Ausmaß der sowjetischen C-Waffen ist keine eindeutige Aussage möglich; es wird angenommen, daß sogar eine leichte Überlegenheit auf UdSSR-Seite besteht.

Sicher ist, daß eine Overkill-Kapazität in Ost und West besteht!

In den Generalstäben der beiden Supermächte hat man sich längst schon auf konventionelle Kriegsführung eingestellt. Auch die chemischen Kampfstoffe gehören hierzu. Mit den zielgenauen Raketen will man konventionelle, aber auch chemische Munition verschiessen.

Giftgase sind keine Verteidigungswaffen, sondern Angriffswaffen, denn massiver Gifteinsatz gegen die Bevölkerung des Feindes ist keine Verteidigung !

Während sich der Protest der Friedensbewegung vor allem gegen die 'atomare Nachrüstung' wendet, hat die US-Regierung mit einem Milliarden-Programm die 'chemische Nachrüstung' eingeleitet. Dabei geht es nicht um ein Mehr an Vernichtungswaffen, sondern um eine neue Qualität der Führbarkeit eines Angriff-Krieges der NATO.

In den USA wird geplant, die Cruise Missiles mit chem. Kampfstoffen zu bestücken. Damit ließe sich ein ferngesteuerter chem. Angriff in die UdSSR hineinführen.

Giftgaswaffen als Angriffswaffen.

Das Abziehen der ohnehin veralteten chem. Munition in der BRD wird der beunruhigten Bevölkerung als Abrüstungsmaßnahme verkauft; daß dafür die neuen binären Kampfstoffe eingelagert werden, wird verschwiegen.

Hinter der chemischen Nach- oder Aufrüstung steht natürlich auch, was sooft in Vergessenheit gerät, die menschenverachtende Profitsucht der Industrie.

Bestimmte Giftgasproduzenten, die nach dem 2. Weltkrieg gerichtlich nicht zur Rechenschaft gezogen wurden (und von der amerikanischen Regierung und dem CIA geschützt wurden !), haben in ihren Laboratorien weitergearbeitet und noch schlimmere Gase entwickelt...

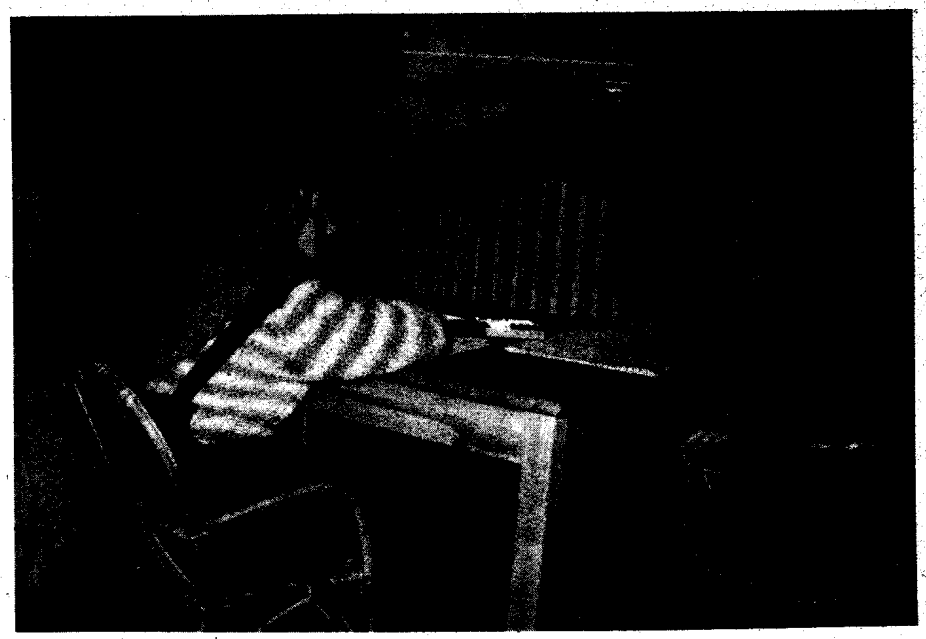
Dahinter steht das kurzfristige und typisch kapitalistische Geschäftsinteresse der chem. Industrie.

Uschi Jordan

# Kinderrechte in der BRD

Eine erste Information über die Situation der Kinderrechtsbewegung, die landläufig unter der Flagge der Antipädagogik segelt, gab es im HUNSRÜCKFORUM Nr.5. Zu diesem Zeitpunkt stand der KINDER-DOPPEL-BESCHLUSS zur Debatte, der mit mehr oder weniger Brachialgewalt die Probleme und Anliegen des wohl größten Teils der Bundesbürger, der sogenannten Minderjährigen, zu Gehör bringen sollte. Doch die Ohren, der Angesprochenen waren verstopft und der immense Aufwand materieller und immaterieller Art stand in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Die jungen Bürger in der BRD haben keine Lobby, sieht man von den wenigen Einzelkämpfern ab, die schließlich für ihre Aktionen mit Geld bußen belegt werden oder gar ins Gefängnis wandern. Eine weitere Variante der Disziplinierung ist schließlich das Totschweigen von eventuell die Öffentlichkeit weckenden Taten., Beispiele von solcherlei Handlungsweisen erlebten Mitglieder der Indianerkommune Nürnberg, die mißhandelten Kindern Aufnahme gewährt und andere Lebensweisen praktiziert, aber auch Carlo Heppner, der "wertvolle" Glasscheiben zerdepperte, um auf schreiendes Unrecht aufmerksam zu machen. Das Urteil gegen eine Bundestagsabgeordnete der GRÜNEN steht noch aus, Auch engagierte Eltern (sie sind zählbar) erleben wie Verfahren sang-und klanglos eingestellt werden, wie im Fall LILA(Termin war am 11.9. 84), damit möglichst ein Musterprozeß vermieden wird .

Für die, die es noch nicht gemerkt haben: Es geht um die einfache Tatsache, daß junge Bürger bis zu einem bestimmten Alter mehr oder weniger rechtlos sind. Bis zum 6. Lebensjahr haben sie überhaupt keine Rechte, im besten Falle ihre Eltern und Vormünder. Es wird mit ihnen gemacht, was irgend eine nebulöse Macht auch immer will. Diese Macht heißt jeweils Staat und der erzwingt eine Norm, die die jeweilige Mehrheit auskungelt. Die bestimmenden Wertansätze verändern sich ständig, man braucht sich nur die vergangenen Zyklen angucken: 1918/1933/1945 usw. bis zur neuesten Wende, die uns ja neue geistige Werte verspricht. Die erklommene geistige Höhe der Mitteleuropäer wird hervorragend durch folgendes Zitat gekennzeichnet: "Es ergibt sich die Tatsache, daß der Mensch von Natur aus triebhaft, gierig, ego - istisch und hemmungslos ist Er ist auf Zucht, Disziplinierung, auf Kontrolle angewiesen. Er lernt schon früh, daß es Böses gibt, nicht nur in der Außenwelt, sondern auch im eigenen Denken, Wollen und Handeln." (Dr. Wolfgang Brezinka, Prof. für Erziehungswissenschaft an der Uni Konstanz in: Erziehungsziele der Gegenwart. herausgegebenvom Sozialministerium des Landes Schleswig-Holstein, 83) Diese mehrtausenjähr ige "Erkenntnis" prägt nun die Haltung und Handlungsweise der heutigen Pädagogen und



Eltern und indirekt auch den Menschen von morgen. Unter Anderem (ich möchte die Tatsache des Kapitalismus nicht außer acht lassen) ist dies Ursache für die Tatsache, daß in der BRD jährlich ca. 30.000 Kinder mißhandelt werden, von denen Hunderte an der ihnen angetanen Gewalt sterben, von den zunehmenden seelischen Erkrankungen nicht zu schweigen.

*edition schStern*

Es gibt das Sprichwort, daß man die moralische Größe eines Volkes an ihren Umgang mit der Kreatur (dem Tier) messen könne. Vielleicht wäre es angebracht, zu prüfen, wie eine Wertung aussieht, wenn statt der Tiere die Menschenkinder den Maßstab bilden.
Es gilt in diesem Zusammenhang, was für die Verbrechen im "DRITTEN REICH" feststeht: niemand kann sich die Hände in UNschuld waschen!
Seit einigen Jahren gibt es Literatur zum Thema für jeden erhältlich, die aufzeigt, daß ein Weltbild, wie es durch Brezinka skizziert wird, überfällig und unhaltbar ist: Doch der Staat hält fest an seinem "wissenschaftlichen" adultistischen (erwachsenenzentrierten) Weltbild, da Unmündigkeit seinen Zielen genehm ist und jedes selbstbestimmte Individuum diesen im Wege stehen könnte.

Doch diese Unmündigkeit ist erst geschaffen worden, sie gibt es tatsächlich nicht, sie wurde eingerichtet vor tausenden von Jahren, als in der Menschheit der Trieb zur Kephalität und damit zur Herrschaft erwachte. Eingerichtet von Religions- und Staatsgründern zum Zwecke der Machtausübung über Menschen. Daß das nicht immer so war, davon zeugen von "Zivilisation" (vielleicht besser: ZÄHMUNG) unberührte Kulturen auch heute noch. Als beredtes Beispiel kann vielleicht der Fernsehfilm von Gordian Troeller gelten, der unlängst durch bundesdeutsche Wohnstuben flimmerte.
Hier konnte am Beispiel der Chiquitano, aus dem Tiefland Boliviens, gezeigt werden, wie repressionsfreies Leben von Menschen (ohne Altersunterschied) bei "Wilden", also nicht gezähmten Erzogenen aussehen kann.

"Die Basis einer indianischen Gesellschaft ist Solidariät. Der Einzelne lebt für die Gruppe und durch die Gruppe. Die Schule (früher die Kirchen! Anm. d. Autors) aber spiegelt die weiße Gesellschaft wider, in der individueller Erfolg Kampf voraussetzt und Sieg über andere. Die Schule stuft ein (die Kirche auch, Anm.d.A.), weist Gute und Schlechte auf ihre Plätze. Sie erzieht zum Umgang mit Macht..." (aus: Kinder der Welt , v. Gordian Tröller).

Es gilt das Vorurteil, der Mensch sei gut oder böse, abzuschaffen und die Tatsache zu erkennen, daß Menschen niemals unfertig, also erziehungs- oder entwicklungsbedürftig sind. Unfertig und bedürftig werden sie allemal gemacht.

Sie sind allerdings immer "fertig" und entwickeln sich ständig, wenn andere dies nur zulassen. Den einjährigen als selbstbestimmtes Wesen zu akzeptieren, auf seine Bedürfnisse sensibel zu reagieren und seinen Entwicklungsanforderungen gerecht zu werden ist das Gegenteil von Erziehung. Genau dieses Bild aber, auch von sich selbst, ist der Anfang der gesamten unheilvollen Entwicklung. "Du sollst Dir kein Bild machen" gilt daher hier für den Menschen.
Unter Berücksichtigung des Dargestellten, ist die Kinderrechtsbewegung eine echte libertäre, eine Befreiungsbewegung und erstrebt indirekt die Befreiung aller Menschen von menschenunwürdigen Zwängen, Freiheit, Gleichheit, Menschlichkeit für alle Menschen ohne Altersunterschied !

Literatur zum Thema:
*Antipädagogik, v. E.v.Braunmühl, Beltz
*Erziehung, Angriff auf die Freiheit, v. Kupffer, Beltz
*Non direktive Pädagogik, v. W. Hinte, Westdeutscher Verlag

Gerhard Kern

# DIE VERGANGENHEITSBEWÄLTIGUNG DER CDU; oder: JEDEM SEIN BITBURG!

## EINE NACHBETRACHTUNG ZUM 8.MAI '85 IN PFAFFENHECK

FRIEDENSINITIATIVE RHEIN-HUNSRÜCK-MOSEL

Hauptstr. 40
6544 Kirchberg

2. Mai 1985

O f f e n e r  B r i e f

An
Landrat Dr. Armin Jäger
Kreisverwaltung
Ludwigstr. 3
6540 Simmern

Sehr geehrter Herr Dr. Jäger,

mit großer Empörung und tiefer Bestürzung haben wir von Ihrer Absicht erfahren, auf dem "Ehrenfriedhof" in Pfaffenheck am 8. Mai eine Gedenkfeier anläßlich der "deutschen Kapitulation" zu veranstalten.

Ist Ihnen nicht bekannt, um welchen "Ehrenfriedhof" es sich dort handelt? Unseres Wissens befinden sich dort mindestens 80 Gräber von Angehörigen der faschistischen 6. SS-Gebirgsdivision Nord. Sie war eine Einheit der Waffen-SS, über die Eugen Kogon in seinem Buch "Der SS-Staat" (München 1974) schreibt: "Die Waffen-SS wurde Himmlers Spezialkampftruppe zur Eroberung Europas. Sie hat diese Aufgabe nach Kräften erfüllt. Sie war stolz darauf, 'des Führers Elite' zu sein, jetzt mehr Sturm-Regimenter als Schutz-Staffeln. Ihren Siegen folgte auf den Fuß der SD mit den Liquiditationskommandos, 'Einsatzkommandos' genannt." Sie wurde von Himmler gebraucht, "um eines Tages, wenn die Aufgabe der Soldaten erfüllt war, die Geeigneten aus ihren Reihen für die Aufrechterhaltung des neuen 'germanischen' Herrenregiments als nationalsozialistische 'Elite' zurückzubehalten." (S. 53,54) "Sie waren tatsächlich Elite in Himmlers Sinn, und Hitler war sehr stolz auf sie; er liebte sie. ...Ihr rücksichtsloses Draufgängertum und ihre Erbarmungslosigkeit hatten zwei Folgen: sie erlitt riesige Verluste, und sie erhielt beim Gegner ihrerseits keinen Pardon mehr." (S. 369)

Die 6. SS-Gebirgsdivision verstrickte kurz vor Ende des II. Weltkrieges die umliegenden Hunsrückdörfer in schwere Kampfhandlungen, die weitere sinnlose Opfer kosteten.

Über die Greueltaten auf ihrem weiteren Rückzug berichtet die Frankf. Rundschau vom 13.4.85 "...Doch am Osermontag (2. April 1945) im Morgengrauen fällt eine deutsche SS-Division auf der 'Platte' ein. Als die Sonne aufgeht, sind die beiden Dörfer zum zweiten Mal besetzt. Kurz darauf liegen die zwölf Soldaten der amerikanischen Nachrichtentruppe tot am Dorfrand: Genickschuß. Auch die amerikanischen Wachsoldaten wurden erschossen.. Mit Genickschüssen von Waldensberg bestätigen sie ihren Ruf als militärische Mörderbande. Mit den Genickschüssen provoziert und verantwortet sie die Toten hier und im Nachbarort Leisenwald. Es sind zweieinhalbtausend Männer der 6. SS-Gebirgsdivision Nord mit der Nummer des Totenkopf-Ordens im Arm, auf der Flucht vor den amerikanischen Truppen. Mitglieder der Waffen-SS, die bei Kriegsende fast eine Million Soldaten umfaßt, unter ihnen auch zwangsverpflichtete Jugendliche aus den letzten Kriegstagen. 'In fanatischer Treue fest zum Führer.'

Im nahen Kinzigtal erschießen SS-Männer eigene Soldaten per Standgericht, die vom Krieg nichts mehr wissen wollen. In Hirzenhain, ein paaR Kilometer weiter, verüben sie einen Massenmord an 81 Frauen, polnischen Zwangsarbeiterinnen kurz vor ihrer Befreiung...."

An den Gräbern dieser faschistischen 6. SS-gebirgsdivision Nord eine Gedenkfeier für den "Übergang der Hitler-Diktatur zur Demokratie" zu veranstalten, halten wir für bodenlose Geschmacklosigkeit. Aus Tätern Opfer zu machen, ist eine Verhöhnung aller wirklichen Opfer des deutschen Faschismus.

Es liegt uns fern, nach 40 Jahren Tote zur Rechenschaft zu ziehen und die Trauer der Angehörigen ignorieren zu wollen. Bitte bedenken Sie auch, daß Sie auch diejenigen Bewohner unseres Kreises repräsentieren, denen großes Leid durch die NS-Diktatur und ihre Erfüllungsgehilfen widerfahren ist, und die durch eine derartige Geste Ihrerseits zutiefst verletzt sein müssen.

Wenn es Ihnen Ernst ist mit der Mahnung, "daß die Schrecken eines Krieges nie wiederkehren dürfen", sollten Sie nach bekanntwerden obengenannter Fakten es als Ihre Pflicht ansehen, den 8. Mai an einen würdigeren Ort zu begehen. Wesentlich geeignetere Orte für eine Mahn- und Gedenkfeier zum Tag der Befreiung vom Faschismus wären unserer Meinung nach:

-der Friedhof in Dickenschied, wo der mutige evangelische Pfarrer Paul Schneider begraben liegt, der von der SS im KZ Buchenwald bestialisch ermordet wurde;
-Judenfriedhof und Synagoge in Laufersweiler, eines der Dörfer im Hunsrück mit einem ehemals hohen Anteil an jüdischen Mitbewohnern;
-der Judenfriedhof in Kastellaun;
-Stätte der ehemaligen Synagoge in Simmern.

Die Friedensbewegung Rhein-Hunsrück-Mosel, die sich aus mehrern Generationen zusammensetzt und die unterschiedlichsten Weltanschauungen vereint, kann eine Gedenkfeier in Pfaffenheck nicht akzeptieren!

Für die Friedensinitiative

Horst Petry — Bernhard Kisters

Helmut Jordan — Uschi Jordan

Robert Diedrich — Heidrun Zimmer-Wagner

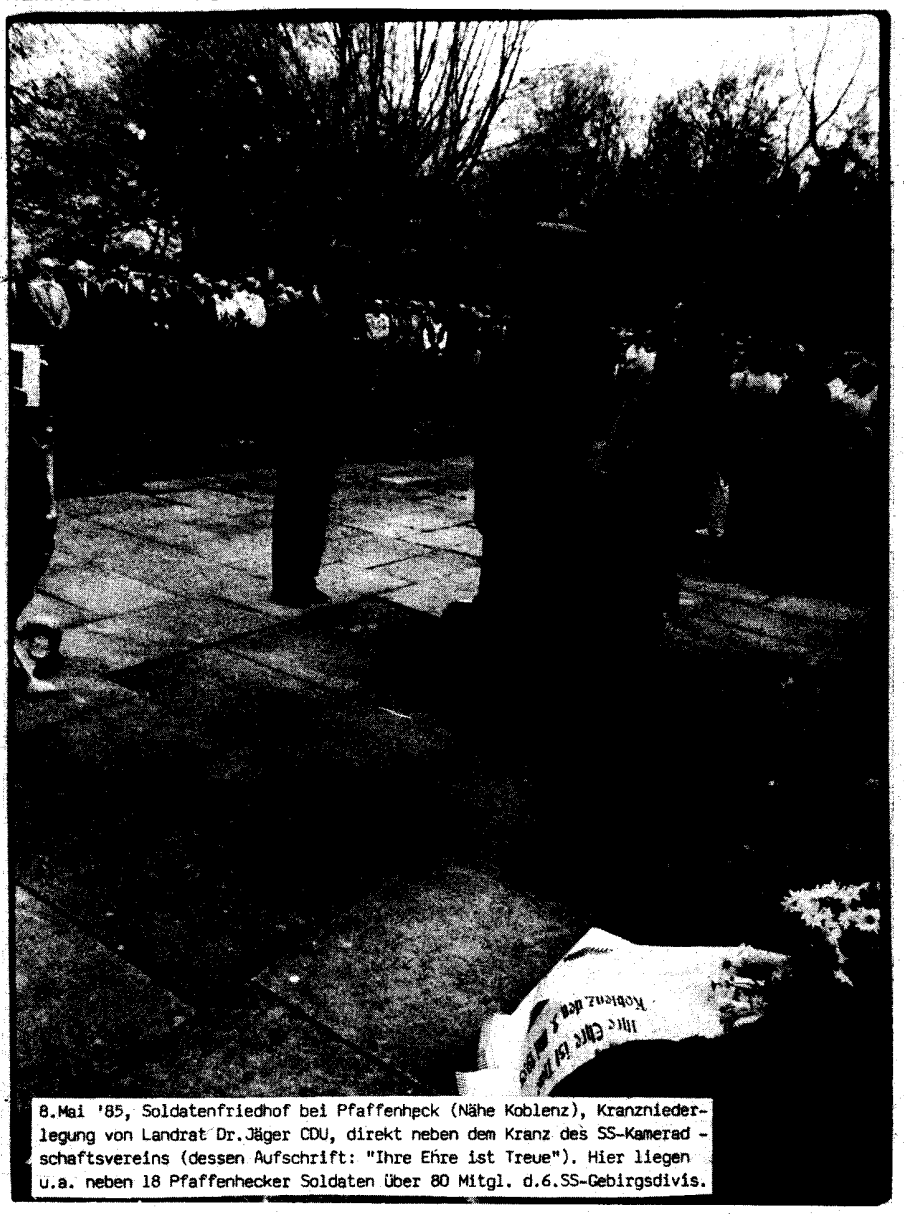
Zu obigem Brief blieb bis heute eine persönliche Antwort aus.
Wir lösten jedoch mit unserem offenen Brief, der wenn auch schlecht gekürzt, in der Rhein-Zeitung veröffentlicht wurde, eine beachtenswerte und breite Diskussion aus.
Dieser Diskussion konnte sich nun auch Dr.Jäger nicht länger verschließen und er mußte seine sicherlich schon fertige Rede größtenteils umdisponieren.

Wie richtig unsere Einschätzung im Brief war,

zeigte dann auch die Rede von Dr.Jäger. Nach einleitenden Worten über "Schreckensherrschaft" und "Brutalität des Krieges", welche man im Nachhinein kaum noch ernst nehmen kann, kam er schnell auf den "Stein des Anstoßes" zu sprechen.
Der Landrat zitierte aus irgendeinem Buch von irgendeinem Schriftsteller (Sohn des NS-Gaupropagandaleiters von Koblenz), wo dieser den inzwischen verstorbenen Pfarrer aus Nörtershausen zitiert, der den Angehörigen der Waffen-SS u.a. ein "echt soldatisches Empfinden" bescheinigt.
Wir hatten "unserem" Landrat eigentlich mehr Weitsicht zugetraut und möchten ihm nochmals das Buch von dem international anerkannten Professor für Politik, Eugen Kogon "Der SS-Staat" empfehlen.
Des weiteren möchten wir Herrn Dr.Jäger zu bedenken geben, daß er als höchster Repräsentant des Rhein-Hunsrück-Kreises dort auftrat, empfanden viele Bürger als Zumutung, Beleidigung und eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus. Daran hat die Rede bestimmt nichts geändert.

Das der Landtagsabgeordnete der CDU Walter Mallmann sich hinter den Landrat stellt, und auf unseren Brief hin aufruft, doch nach Pfaffenheck zu gehen hat uns nicht sehr verwundert. In dieser Frage haben sich Einige zu erkennen gegeben.
Erschreckend waren da eher die anonymen Drohanrufe bei einer Unterzeichnerin des offenen Briefes an den Landrat. "Der Leib ist Fruchtbar noch aus dem das kroch"!
Froh sind wir über all jene, die unsere Kritik verstanden und unterstützt haben.
So die SPD-Rhein-Hunsrück, die unseren Vorschlag aufgegriffen und eine Gedenkfeier am Grab des in Buchenwald von den SS ermordeten evangelischen Pfarrers Paul Schneider durchführte.
Und auch die GRÜNEN und die DKP des Rhein-Hunsrück-Kreises, die in Form von Stellungnahmen und Leserbriefen unser Anliegen unterstützten.
Wir alle müssen in Zukunft noch empfindlicher werden gegen die Versuche, verbrecherische Organisationen wie die Waffen-SS und ihre Nachfolger salonfähig zu machen.

Horst Petry



8.Mai '85, Soldatenfriedhof bei Pfaffenheck (Nähe Koblenz), Kranzniederlegung von Landrat Dr.Jäger CDU, direkt neben dem Kranz des SS-Kamerad - schaftsvereins (dessen Aufschrift: "Ihre Ehre ist Treue"). Hier liegen u.a. neben 18 Pfaffenhecker Soldaten über 80 Mitgl. d.6.SS-Gebirgsdivis.

## „Schneider-Grab angemessener Ort"

**DICKENSCHIED / PFAFFENHECK. „Das Grab des von den Nationalsozialisten erschlagenen Dickenschieder Pfarrers Schneider ist ein angemessener Ort zur Begehung des 8. Mai 1945". Dies erklärten die SPD-Politiker Joachim Mertes, MdL aus Buch, und Wolfram Berg, Bürgermeister in Simmern. Sie wollen dort anstelle des vom CDU-Landrat ausgewählten Soldatenfriedhofes Pfaffenheck ihren Respekt vor den Leiden der Deutschen und Überfallenen ausdrücken. In einer gemeinsamen Erklärung von Mertes und Berg heißt es weiter: „Wir sehen gerade als aktive Reservisten der Bundeswehr, daß die Wahl des Ortes durch Landrat Dr. Jäger die Einseitigkeit des Gedenkens provoziert. Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Niederlage und Befreiung zugleich. Diejenigen, insbesondere die Waffen-SS, die sich bis zuletzt grausam gegen diese Wirklichkeit wehren wollten, haben unsere menschliche Trauer, nicht aber unsern politischen Respekt."**

**Pfarrer Schneider aus Dickenschied sei für die Menschen damals wie heute der Fels in der Brandung der Lüge, Brutalität und des Menschenhasses gewesen. MdL Mertes und Bürgermeister Berg erklärten wörtlich: „Wenn wir ihn ehren, dann zeigen wir, daß dies die Werte sind, für die auch zu sterben lohnt. Pfaffenheck dagegen ist nur ein Symbol der Trauer um Menschen, die gerade die Ziele für die Schneider gestorben ist, nicht darstellen."** "H2" 8.5.85

# Betriebsstofflager für Luftwaffe ist in Rhaunen nicht unumstritten

## Bürgerinitiative gegen die vorgesehenen Baumaßnahmen

**"Mein Gott, was machen die bloß aus Rhaunen?"** war die entsetzte Frage einer ehemaligen Rhaunerin, als sie von den Planungen erfuhr, in Rhaunen ein Betriebsstofflager mit den dazugehörigen Verkehrsverbindungen zu schaffen.

Für den Leser ergibt sich sicherlich die Frage, wer "die" sind ? Mit Sicherheit hat das Wehrbereichs-kommando IV. ein potentielles Interesse, denn laut einer Presseveröffentlichung (Nahe-Zeitung 1.6.85) stehen für **"Bauprojekte, die innerhalb des Wehrbereichs IV. vorgesehen sind, insgesamt sechs Milliarden Mark"** bereit.
"Fest eingeplant seien für einen überschaubaren Zeitraum 1,1 Milliarden. Damit werde die einheimische Bau-Industrie erheblich unterstützt.

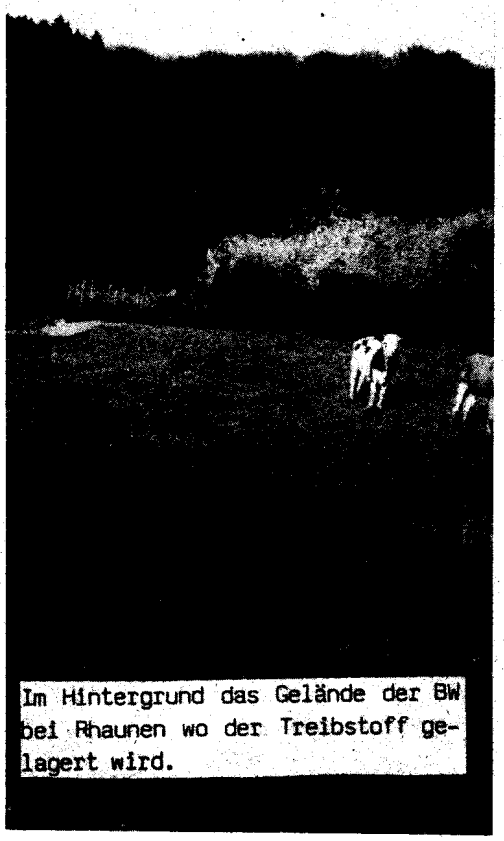
### STICHWORT "ARBEITSPLÄTZE"

Der General (Generalmajor Holzfuss) bedauerte allerdings, daß die Bauverwaltungen der Länder in ihren Planungskapazitäten überfordert seien. So müsse man gegenwärtig mit dem Kuriosum leben, daß die Mittel bereitstehen, die Arbeitslosigkeit hoch ist, aber die Planungsbehörden zu langsam arbeiten."
Argument "Arbeitslosigkeit", Stichwort "Arbeitsplätze"! Das greift..
Jedenfalls bei der Mehrheit -wie es scheint- der Gemeindevertretung; sie ist dann unter "die" zu verstehen?

Mit Sicherheit, ja. Die überwiegende Mehrheit der Ratsmitglieder glaubt fest an die Arbeitsplätze.

So lautete denn auch die erste offizielle Meldung:

"Depot bringt Arbeitsplätze. Rhaunen. Wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Schneider mitteilt, plant das Verteidigungsministerium, in Rhaunen ein Betriebsstofflager für die Luftwaffe zu errichten. In diesem Depot sollen Kraftstoffe gelagert werden. Laut Auskunft des Verteidigungsministeriums werde das Depot **72 zivile Arbeitsplätze** erhalten, davon **60 für Arbeiter und 12 für Beamte und Angestellte.**



Im Hintergrund das Gelände der BW bei Rhaunen wo der Treibstoff gelagert wird.

Da im Lager auch einige Gebäude errichtet werden sollen, werde die geplante Maßnahme außerdem der Bauindustrie zugute kommen, hob Schneider hervor."(NZ, 29. März '85).

### STOFF, AUS DEM DIE TRÄUME SIND

Da meint der "Hankel" aus Herrstein (15.5., NZ): "Die sind vielleicht langsam, die in Rhaunen ! Die verstehen das überhaupt nicht, daß man im Depot von Weitersbach (Gerätedepot) **erst einmal die Arbeitsplätze abbauen mußte, damit jetzt in dem demnächstigen Betriebsstofflager neue kommen können. Das ist doch der Stoff, aus dem die Träume sind!"**

Allerdings ist der "Stoff", der in Rhaunen gelagert werden soll, hochexplosiv!
Und die Menge?
Zunächst wurden keine Zahlen, dann "kleinere", 4 Millionen Liter Benzin, Diesel und Kerosin, genannt. Man habe auch schon versucht, "Eindrücke" in einem ähnlichen, aber kleineren Tanklager (Boxberg, Baden) zu gewinnen, versicherte die Gemeindevertretung auf einer Bürgerversammlung. Im übrigen könne man sowieso nichts daran ändern, aber man wolle versuchen, das Beste daraus zu machen, dazu sei man ja schließlich gewählt, so beteuerte die Gemeindespitze.

## BÜRGERINITIATIVE

Allerdings konnten einige Bürgerinnen und Bürger diesen "Argumentationen" nicht ganz folgen und gründeten eine Bürgerinitiative "kein Betriebsstofflager in Rhaunen".

## FORDERUNGEN

Die BI fordert den Gemeinderat auf
"1. alle ihnen gegebenen Möglichkeiten, Beziehungen und Mittel einzusetzen und auszuschöpfen, um die Genehmigung und Errichtung eines Betriebsstofflagers zu verhindern,
2. für den Fall der Genehmigung des Lagers durch die Bezirksregierung von der Möglichkeit des Widerspruchs nach **§ 37 Absatz 2,3 des Bundesbaugesetzes** Gebrauch zu machen;
3. für den Fall der Zurückweisung des Widerspruchs durch den oder die Bundesminister den Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten zu beschreiten.

## BEGRÜNDUNG

"Wir Bürger von Rhaunen wollen kein Betriebsstofflager in unserem Dorf. Wir befürchten die Zerstörung unserer Dorfstruktur und des Charakters unserer Ortschaft. Wir werden nicht mehr länger Fremdenverkehrs- und Erholungsort sein, sondern nur noch ein Teil einer Verteidigungszwecken dienenden Einrichtung...
Wir glauben nicht daran, daß durch die Errichtung und Betreibung eines Betriebsstofflagers unser Handwerk und unsere Betriebe aufleben und uns Arbeitsplätze geschaffen werden...stattdessen befürchten wir...die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Fremdenverkehr und Landwirtschaft.
Wir fürchten um unsere Sicherheit durch die Lagerung und den Transport von hochbrennbarem Treibstoff sowie um den Bestand unserer Wasserversorgung.
Wir wollen ein Hunsrückdorf bleiben und kein Pulverfaß werden!"

Bisher hat die BI weit über **vierhundert Unterschriften gesammelt** und dem Rat übergeben. Der Rat allerdings (mit wenigen Ausnahmen) versucht die BI zu diffamieren!

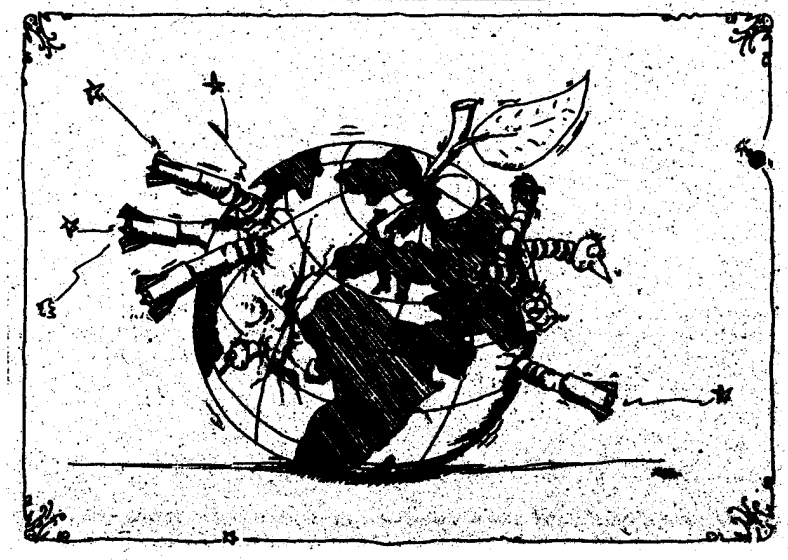
Ob da einige noch nicht begriffen haben, daß eine Bürgerinitiative ein völlig legitimes Mittel ist ?
Oder liegt es daran, daß der Ausspruch von Oberstleutnant Kempf, Wehrbereihskommando IV., Mainz, "Zur Zeit gibt es in der BRD ein Depot in solcher Größe noch nicht !" als "Sternstunde" empfunden wird?
Schließlich werden ja (Gott sei Dank) nicht überall 37.000 Kubikmeter (**das sind 37 Millionen Liter !**) Betriebskraftstoff (neueste Zahlen seit 3.Juni 85) in verschiedenen Tanks, fein mit Gras oder gar Rasen bewachsen, "Arbeitsplätze schaffend" gelagert!
Und nach Aussage der Wehrbereichsverwaltung sollen solche Anlagen sogar werbewirksam für den Fremdenverkehr sein!

## BAUBEGINN: 1991

Nach den Vorstellungen der Militärs soll 1991 Baubeginn sein, und das Lager im Jahre
**1993 in Betrieb genommen werden.**
Als Betreiber wurde der "Bund" genannt, Luftwaffen - versorgungsregiment.
Auftrag: Versorgung von Luftwaffen- und Heeresverbänden (Lagerung und Umschlag).
Fläche: **30 Hektar**, und wer weiß, daß der "Bund" in Rhaunen 180 Hektar Land besitzt, der kann sich ausrechnen, daß die Anlage aus rein wirtschaftlichen Gründen als expansiv anzusehen ist.
Und Verbindungen zu Hasselbach, Cruise-Missiles, sind nicht von der Hand zu weisen.

Klaus G.

## Der Sommer kommt ...



# ÖKO-BANK

## und immer wieder ÖKO-BANK,

### aber nicht nur...!

Eine Steigerung sei kaum mehr denkbar, meinte so der ein oder andere. Aber doch, es gibt sie immer wieder.
Die Steigerung ist **der Landesverband Rheinland-Pf.** der Freunde und Förderer der ÖKO-Bank.
Gegründet am 3.3.85 im Tagungshaus Hunsrück in Ohlweiler, hat er die Aufgabe, die Basisnähe der ÖKO-Bank zu betreiben und Diskusionszusammenhänge für eine alternative Strukturpolitik herzustellen. Also ein erhebliches Mehr gegenüber einer Bank.
Anders ausgedrückt: bei Gründung der ersehnten ÖKO-Bank ist die Aufgabe des Vereins nicht etwa erfüllt, sondern erhält neue Schwerpunkte und behält eine gewisse Kontrollfunktion der Bank gegenüber.
Wie die Schwerpunkte nun gesetzt und die Kontrolle ausgeübt werden kann, ist Sache der Mitglieder oder der Regionalgruppen des LANDESVERBANDES. Diese allerdings haben alle Möglichkeiten, wenn sie aktiv werden.
In Rheinland-Pfalz gibt es bisher nur an wenigen Orten Regionalgruppen, und wir fordern daher auf, überall im Lande solche zu gründen und/oder Mitglied zu werden im "Verein der Freunde und Förderer der ÖKOBank, LV Rh.-Pf.".
Am 14.6. fand in Mainz eine Mitgliederversammlung statt, bei der beraten wurde über: Stand der Werbekampagne, Wahl von Abgeordneten zum Bundesvorstand, Informationsfluß in Rheinland-Pfalz und das Seminar zur Bundeshauptversammlung in Achberg /Bodensee im August.
Wer Informationen will, wende sich an die Geschäftsstelle des LV, c/o. Klaus Wehrend, Jakobstr.21, 55 Trier, Tel. 0651/ 37 617. Gerhard K.




Alternativer

**PRESSE-SPIEGEL**

INFORMATIONSDIENST:

ZENTRUM FÜR ALTERNATIVE MEDIEN

*Anagan, Berlin*
*Datenschleuder, Hamburg*
*Radikal, Berlin-Zürich*
*Stadtrevue, Köln*
*Elephanten-Klo, Gießen*
*Tell, Zürich*
*Der fränkische Rechen, Nürnberg*
*Der Neger, Frankfurt*
*Arch+, Aachen*
*Mother Jones, San Francisco*
*Falter, Wien*
*Der Ghettoknacker, Tübingen*
*Bauernblatt, Ergenzingen*
**u.a.**

**Alternativer Pressespiegel**

monatlicher Querschnitt der interessantesten Artikel der Alternativpresse aus dem In- und Ausland. In jeder Ausgabe eine Selbstdarstellung einer Alternativzeitung, sowie weitere Hinweise, Tips, Serviceteil ...

**Probeheft bestellen bei**

**APS**
**c/o Informationsdienst e.V.**
**Postfach 900343**

**6000 Frankfurt/M-90**
**Tel.: 069/704352**

**Preis: 6 Märker pro Ausgabe**

# Hunsrücker PROJEKTEMESSE

**AUFRUF zur PROJEKTEMESSE der ALTERNATIVEN, SELBSTVERWALTETEN und FRIEDENS- und UMWELTBEWUßTEN Gruppen und Individuen auf dem Hunsrück und Umgebung**

In der Zeit vom 31.10.-4.11. 1985 wird in KRICHBERG EINE Messe stattfinden, an der Gruppen und Individuen, Betriebe und Kommunen, Künstler und Sozialarbeiter u.A., die sich in irgend einer Form der oben angedeuteten Problematik zugehörig fühlen, teilnehmen können.
Es geht darum, aufzuzeigen, was sich in den letzten Jahren in der Region zwischen Trier und Koblenz, Mosel und Nahe, vielleicht auch ein wenig darüber hinaus so an Lebens- und Arbeitsformen entwickelt hat, die das Leben lebenswert machen, ihm ein wenig die Entfremdung nehmen und "Heimat" inhaltlich füllen.

Es gibt wahrscheinlich weit mehr als hundert Projekte und Einzelpersonen, die relativ unabhängig und in Unkenntnis voneinander hier leben und arbeiten. Sie alle versuchen, der Herausforderung der Industriegesellschaft, der Aggressionsmentalität das ihnen Mögliche entgegen-zusetzen.
Nach dem augenblicklichen Diskussionsstand der an der bisherigen Organisationsvorbereitung Beteiligten, soll es am Aufbautag eine Fete der Aussteller geben, am Freitag die Eröffnung mit abendlicher Veranstaltung, wahrscheinlich zum Thema "alternativer oder konventioneller Landbau", mindestens eine größere Musikveranstaltung an einem der folgenden Messetage und während dieser zu allen möglichen Gebieten Work-Shops. Es wird hoffentlich für die jüngeren Hunsrücker Kindertheater geben und natürlich Informationsstände der Projekte, Kommunen und Betriebe.
Die Produkte der Handwerker, Winzer, Landwirte, Buchhändler, Zeitungsmacher und Künstler werden an den entsprechenden Ständen angeboten.
Wer an dieser Messe noch mitmachen möchte, sollte sich möglichst bald anmelden. Je mehr wir werden, desto bunter und umfassender kann unsere Darstellung sein.
Es fehlt vor allen Dingen die alternative Medizin, die Antipsychiatrie und die Technik.
Meldet Euch bei: Samtha, c/o. Reinhardsmühle, , 5552 Morbach-Merscheid; Tel. 06533/ 55 91

Gerhard Kern

Ein Friedenszeichen besonderer Art setzten die Teilnehmer des von EIRENE durchgeführten internationalen PFINGSTCAMP bei Hasselbach mit Hilfe des Aktionskünstlers Bernhard Eitelgörge. Drei Kreuze, von denen eines sechzehn Meter mißt, wurden in die Erde vor dem Stationierungsgelände betoniert. Die Drei Kreuze gehören zu dem Kunstwerk "7000 Kreuze" die Eitelgörge als Gegenstationierung zu dem Gewicht der Raketen in Europa verstanden wissen will. foto/text von Silke Stiewink

# Leserbriefe

(:MAI 1985)

SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG DEUTSCHER ANARCHISTEN

*Die Aktionen des Staates sind, wie historisch nachzuweisen ist, immer ähnlich abgelaufen und je mehr "Rechtens" so ein Monstrum ist, desto brutaler wird durchgegriffen!*

*Daher, liebe Hunsrücker, wundert Euch nicht allzusehr: Ihr seid in bester Gesellschaft. Überall werden fortschrittliche Kräfte derzeit verfolgt und kriminalisiert.*

*Wir Anarchisten waren immer auf der Seite derer, die unbequeme Wahrheiten dennoch ausgesprochen oder geschrieben haben. Auch auf die Gefahr von den Staatsknechten gefoltert und gemordet zu werden haben wir stets gegen Militarismus und Freiheitsunterdrückung gekämpft.*

*Unsere Solidarität ist nicht nur verbaler Art, wir sind bereit durch "Direkte Aktionen" auf schreiendes Unrecht aufmerksam zu machen.*

*Mit freiheitlichen und solidarischen Grüßen*

*-Black-Power-*

An die Redaktion
des HUNSRÜCK – FORUM
Postfach 451
6540/ Simmern

Mainz 2.5.1985
MLPD Stützpunkt
Mainz/Wiesbaden

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

Die Mitteilung, daß die Staatsanwaltschaft Koblenz wegen "Anfangsverdachts des sicherheitsgefährdeten Abbildens und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" gegen euch ermittelt, hat bei uns große Empörung hervorgerufen.

Die Herrschenden sehen ihre Sicherheit, in aller Stille einen 3., atomaren Weltkrieg vorbereiten zu können, gefährdet, wenn ihr die werktätige Bevölkerung des Hunsrück darüber informiert, wo genau die neuen Atomraketen stationiert werden sollen.
Die Unternehmer, die von dem Bau der Anlagen profitieren, haben sicher genau denselben Plan, den ihr veröffentlicht habt. Das gefährdet die 'Sicherheit' natürlich nicht.

Mit eurem Protest gegen die Beschlagnahmung zweier Artikel aus dem HUNSRÜCK-FORUM Nr 8, gegen die Durchsuchung der Wohnungen und Arbeitsplätze von Redaktionsmitgliedern und des Friedensbüros in Kirchberg erklären wir uns solidarisch.
Diese Maßnahmen sollen unserer Ansicht nach, euch und die Friedensbewegung verunsichern und einschüchtern, wir fordern deshalb:

Sofortige Einstellung der Ermittlungverfahren und der Anklage!
Herausgabe sämtlicher beschlagnahmter Unterlagen und gesammelten Daten.
Veröffentlichung sämtlicher Raketen- und Militärstandorte! zur Information der werktätigen Bevölkerung.
Erhalt und Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten!

Anlage

Flugblatt der MLPD OG Frankfurt
Dieses Flugblatt wurde in Südhessen vor einigen Großbetrieben breit verteilt u. a. bei MAN in Gustavsburg bei Mainz.

Ich wohne in Ffm.-Schwanheim, Hans-Pfitzner-Straße 11. Am 31. März 1984 habe ich in der Bahnhofshalle in Ffm.-Höchst gegen 16.00 Uhr beobachtet, daß mehrere Menschen Lichtpunkte vor Augen hatten. Diese Menschen sahen wie geblendet aus. Ich bin überzeugt, daß das weder das elektrische Licht noch die Sonne war. Am 10.5.84 habe ich am Bahnhof in Ffm.-Höchst beobachtet, daß mehreren Menschen Lichtpunkte beim Essen vor Augen geführt worden. Am Dienstag, den 10. April 1984 traf ich vor dem Aldi-Laden in Ffm.-Höchst gegen 14.00 Uhr einen 40-jährigen Mann. Ich habe bei ihm das gleiche beobachtet. Ich habe ihn gefragt, und dieser Mann hat mir bestätigt, daß er Lichtpunkte vor Augen hatte und eine halbe Minute wie geblendet war. Das gleiche habe ich mehrmals bei mir beobachtet. Ich halte das geschilderte für eine unheimliche Technik, die von irgendwelchen Wissenschaftlern verursacht wird. Am 3.5.84 habe ich das gleiche in Ffm.-Schwanheim in der Vogesenstraße beobachtet. Das geschilderte habe ich immer wieder von neuem beobachtet. Ich glaube, daß diese Wissenschaftler nie aufgeben werden die Menschen zu blenden. Nachts werde ich durch diese unheimliche Technik gequält. Es wurden mir mehrere Nächte Lichtpunkte vor Augen geführt. Seit dem 20. November 1984 habe ich beobachtet, daß das jede Nacht passiert.

Ursula Schindler
Hans-Pfitzner-Straße 11
6000 Frankfurt/M.-Schwanheim
Tel.: 35 79 70

Berlin, den 20.4.85

Liebe Hunsrück-Forum-Redaktion!

Wir schicken Euch Kraft und Ausdauer. Lang lebe Eure Zeitung!

Eure Berliner Camp-Frauen

**Jungsozialisten in der SPD** — **Kreisverband Cochem-Zell**

RESOLUTION der Kreisdelegiertenkonferenz am 27. April 1985 in Cochem

Kriminalisierungsversuche gegen " Hunsrück-Forum "

Die Sozialdemokraten Cochem-Zell verurteilen die jüngste Kriminalisierungs- und Diffamierungskampagne gegen die Zeitschrift "Hunsrück-Forum" der Hunsrücker Friedensbewegung.

Das von der Staatsanwaltschaft Koblenz eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen den verantwortlichen Redakteur wegen "sicherheitsgefährdenden Abbildens" und " öffentlicher Aufforderung zu Straftaten " und den daraufhin durchgeführten Hausdurchsuchungen bei allen Mitarbeitern der Redaktion sowie im Hunsrücker Friedensbüro entbehren jeglicher Grundlage. Sie sinddaher unverzüglich einzustellen.

Die Veröffentlichung einer Lagekarte der Cruise-Missile-Bunker in Hasselbacch im "Hunsrück-Forum" kann nicht strafbar sein, da es sich hierbei um einen Plan handelt, welcher bereits mehrfach veröffentlicht wurde ( u.a. in der "taz"). Auch sind die Leser des "Hunsrück-Forum" sicherlich nicht in der Lage, infolgeKenntnis der Lagekarte die "Sicherheit der Bundesrepublik " oder gar die "Schlagkraft der Truppe" ( i.S. der Strafgesetze) zu gefährden.

Der Justiz dürfte mittlerweile bekannt sein, daß Standorte für Cruise-Missiles-Marschflugkörper das erste Ziel einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung sind, da es sich hierbei um eine der derzeit bedrohlichsten Vernichtungswaffen handelt. Die Sicherheit der Hunsrück-Bevölkerung wird durch die Installation dieser Raketen-Abschuß-Anlagen erheblich gefährdet. An einer Unterrichtung der Öffentlichkeit über diese Tatsache besteht somit ein dringendes öffentliches Interesse.

Außerdem kann davon ausgegangen werden, daß mögliche militärische Gegner der BRD ihre Informationen über Militäreinrichtungen, deren Art und Lage von Spaziergängern festgestellt und die im übrigen üblicherweise von Satelliten aus ohne große Schwierigkeiten fotografiert werden, nicht aus Zeitschriften wie dem "Hunsrück-Forum" beziehen.

Die Anzeige der DFG-VK im "Hunsrück-Forum", " die Koffer nach 15 Monaten und 3,5 Tagen zu packen " ( durchschnittlicher Grundwehrdienst einschließlich Wehrübungen ) macht sicher überspitzt auf das Problem der Gerechtigkeit beim Zivildienst aufmerksam. Leider hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes diese Probleme nicht berücksichtigt.
Wenn wir dennoch das Urteil anerkennen, so auch in Solidarität mit jenen zwei Verfassungsrichtern, die sich für einen gerechten Zeitmaß beim Zivildienst aussprachen. Dieses gerechtere Zeitmaß für den Zivildienst werden wir auch weiter politisch verfolgen.

Offensichtlich ist dieses Ermittlungsverfahren ein weiterer Schritt zur Einschüchterung politisch Andersdenkender im Lande Rheinland-Pfalt.
Diese gefährliche Entwicklung kann nicht weiterhin wiederspruchslos hingenommen werden.


*Holz lebt durch seinen warmen Ton, seine lebendige Struktur, seinen vertrauten Duft und seine angenehme Oberfläche. Holz atmet mit AURO Imprägniermitteln, Lasuren und Balsamen aus natürlichen Ölen, Harzen und Wachsen. Wände sind unsere 3.Haut durch ihre Wirkung auf das Raumklima, die Harmonie ihrer Farben und die Verwendung natürlicher Anstrichstoffe. Biologische Wandgestaltung mit AURO Wandfarben, Abtön- und Lasurfarben aus natürlichen Farbstoffen und Bindemitteln – frei von schädlichen Ausdünstungen, für das gesunde Haus.*

*Der Natur vertrauen*

AURO
NATURFARBEN

GROSS-UND EINZELHANDEL ALLER BAUBIOLOGISCHEN MATERIALIEN

ALLES FÜR DEN BIOLOGISCHEN GARTEN

biodomus

5448 KASTELLAUN BAHNHOFSTRASSE 16 TELEFON: 0 67 62 / 59 66
INHABER: KLAUS MÄDLER + KARL-HEINZ HERZIG

# Kleinanzeigen

**Hunsrücker Geschichtsmaterial gesucht !**
Die nächste Nummer des HF wird sich schwerpunktmäßig mit der Nationalsozialistischen Vergangenheit des HUNSRÜCKs befassen. Dazu suchen wir noch entsprechendes Material: Zeitungsausschnitte, Fotos, Flugblätter usw. ; bitte an uns senden: Postfach 451, 6540 Simmern.

**Haus f. Gruppen** kann gemietet werden bei E.Kühne, Postfach 1243, 5400 Koblenz, Tel. 0261/ 86087.
Die "Begegnungsstätte der Freunde e.V.", An den Kreuzen 4, in Pfaffenheck hat 30 Schlafmöglichkeiten (Matratzenlagen auf dem Dachboden), 4 Räume mit 2-4 Betten, die Gruppe muß sich selbst verpflegen.

Für jeden kostenlos, Anzeige senden an die Redaktion **Hunsrück-Forum**, Postfach 451, 6540 Simmern

**Junge Katzen zu verschenken**
Fell ganz schwarz mit kleinen weißen Stellen. Nicht für Tierversuche !
5581 Hesweiler, Hauptstr.12, Tel. 06545 / 64 18

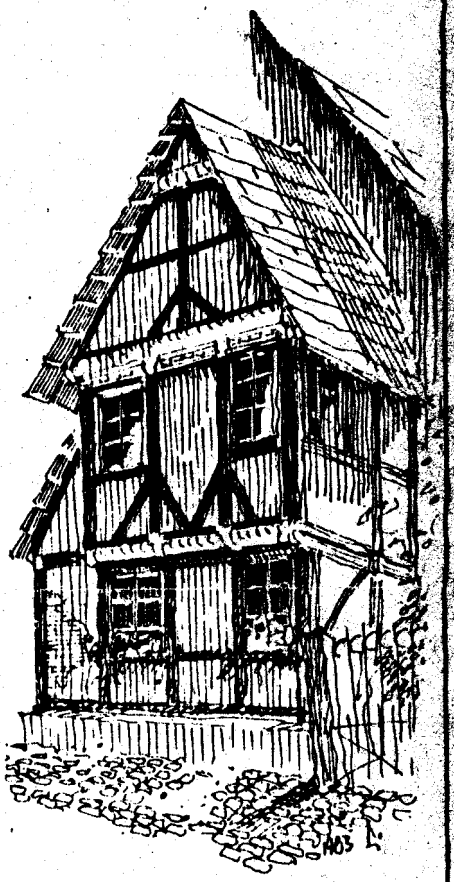
**Schleuderpreis HUNSRÜCK-FORUM**
Wir haben noch von einigen alten Nummern Reste. Themen u.a.: A-60 Autobahnplanung/ Lagekarte d. Militäreinrichtungen i.Hunsrück/Entwicklungd.FI i.Hunsrück/ Frauenwiderstandscamp '83 & '84/ + aktuelles aus d. FI-Arbeit. Jede Nummer 1,-DM + Porto. Bestellen b. Redak - tion, Postf.451,654 Simmern

## Kino-Initiative

"Der besondere Film am Freitagabend" heißt das Programm der neugegründeten Kino-Initiative Hunsrück, das am 21.6. in Simmern (Postlichtspiele) startet. 21.Juni : Der Stadtneurotiker. Regie: Woody Allan 28.Juni:Cocktail für eine Leiche -A.Hitchcock 5.Juli: Amarcord von F.Fellini.Beginn jeweils 20.30 Uhr

HERZLICHE GENESUNGSWÜNSCHE:
HORST BRAUN, Dir wünschen wir, daß Du bald wieder zwischen den Kühen und uns, der FI, den leeren Platz ausfüllst! Wir vermissen Dich !
Die Redaktion

**WER ARBEITET MIT ?**
Selbstverwaltetes, soziales Projekt im Hunsrück mit Arbeitsschwerpunkten in der Landwirtschaft und Gärtnerei sucht dringend Mann oder Frau der/die bei uns mitarbeitet. Vorkenntnisse in beiden Disziplinen wären sehr hilfreich. Meldet Euch bei: Alfred Schaub, c/o Lebensgemeinschaft im Drohntal eV., Dörrwiese4 552 Morbach-Merscheid, Tel. 06533/ 35 34.

**RENOVIEREN**

**ohne Wohngifte - mit :**

- **AURO-Naturfarben**
- **biologischen Baustoffen**
- **"Märchenfenstern"** (echte Sprossenfenster aus nordischer Kiefer; von Denkmalpflegern empfohlen)
- **Türen mit massiven Zargen und Füllungen** aus nord. Kiefer
- **Massiv-Eichenparkett** zum Selbstverlegen **(Bodenschleifmaschinen-Verleih)**
- **Fußleistenheizung**
- **Kachelöfen** zum Selbstbauen (Grundöfen)

**...und natürlich mit kostenloser Beratung. Besuchen Sie unseren Laden oder fordern Sie unseren Katalog an.**
**neuland, Römerstr. 12, 5489 Barweiler**
**Tel. 02691 / 7318**

FRIEDENSINITIATIVE RHEIN-HUNSRÜCK MOSEL

KASTELLAUN: Jutta Dahl, 5449 Bell, 06762/7344;
Rainer Szech, Hauptstr. 31, 5449 Bell, 06762/5181;
Hans Peter Wagner, Zellerstr. 13, 5548 Kastellaun, 06762/5475
KIRCHBERG: Mechthild Martin, 6544 Unzenberg, 06763/1705;
Horst Braun, 06763/2072
SIMMERN: Rosi Heidecker, Rottmannstr. 29, 06761/5544
HOLZBACH: Manfred Scherer,Kirchstr. 12, 6540 Holzbach, 06761/6401;
Renate Scherer, 06761/7292
BIEBERTAL:
Uwe Gierking, Hauptstr. 18, 5541 Frohnhofen, 06761/ 74 82
BÜCHENBEUREN: Klaus Hetges, Im Wiesengrund 19, 6541 Büchenbeuren, 06543/1526
MORBACH: Wolfgang Herz, Rochusstr. 23 5552 Morbach-Hundheim, 06533/5706
EMMELSHAUSEN: Horst u. Ute Petry, Hausbayer Str. 4, 5449 Pfalzfeld, 06746/1639
ENKIRCH: Irene Quetting, Am Neuberg 40, 5580 Traben-Trabach, 06541/9744
BERNKASTEL: Annette Pfeiffer, Birkenweg 17, 5550 Bernkastel, 06531/3394
ST: GOAR:Gaby Kozian, Gründelbach 102, 5401 St. Goar, 06741/1262;
Klaus Grünhäuser, Gründelbach, 5401 St. Goar, 06741/7078
STROMBERG/WALDALGESHEIM:Mechthild Berlin, Ruheweg 21 , 6534 Stromberg, 06724/8286;
Günther Saueressig, Schillerstr.2 Waldalgesheim, 06721/33991
ARGENTHAL: Michael Bollmann, Auf der hohen Amel 14, 6541 Argenthal, 06761/4736
RHEINBÖLLEN: Uschi u. Michael Jordan, Am Steckwald 9, 6542 Rheinböllen, 06764/2521;
Kirsten Voll,Rheinböllener Str. 9 6542 Dichtelbach, 06764/718
BINGEN: Werner Bauer, Mainzer Str.78, 6531 Trechtingshausen, 06721/ 6545
BACHARACH: Benno Kisters, Rheingoldstr.124, 6531 Manubach, 06743/ 2943
MORBACH-MERSCHEID: LEBENSGEMEINSCHAFT IM DROHNTAL e.V.:
FORUM f. LIBERTÄRE INFORMATIONEN:
AKTIONSGRUPPE 'SELBSTBESTIMMT LEBENLERNEN': Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid,06533/3534

BOPPARD:Thomas Löber, Binger Str.21, 6507 Boppard 1, 06742/ 60291

ANDERE FRIEDENSGRUPPEN

SOBERNHEIM: Friedensforum, c/o Rainer Lauf, Lehrstr. 2, 6551 Monzingen, 06751/3547
HERRSTEIN: (auch Herrst. Kreis) AG c/o. Uwe Anhäuser, Postfach, 6581 Herrstein, 06785/7594
IDAR-OBERSTEIN:Uschi Hochreuther, Hauptstr. 316, 6580 Idar-Oberstein, 06781/27112;
Jürgen Locher, Bebelstr. 24, 658 Idar-Oberst., 06781/27748
TRIER-FRIEDENSKOORDINATION: Reinhold Spitzley, Bleichstr. 7, 5500 Trier
TRIER FRIEDENSZENTRUM:Arbeitsgem. Palaststr. 3, 55 Trier, 0651/40141;/ AK-Atomrüstung: Thommy Zuche, 0651/87232
TRIER -GAG-:Karl Heinz Birkel, Zum Pfahlweiher 43, 55 Trier, 0651/37789
BITBURG:FI c/o Be a Blaumeiser, Borenweg2, 5520 Bitburg, 06561/5664

SONSTIGE GRUPPEN

AK "NEIN ZUR A 60": c/O Marguerite Sellin, Auf der Höh 11, 5581 Irmenach, 06541/1248;
Anneliese Lorenz, 5581 Irmenach, 06541/1062
DEUTSCHE FRIEDENSGESELLSCHAFT - VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNER (DFG -VK); HUNSRÜCK :
c/o Josef Trauth, Nr. 18, 5448 Roth, 06762/7802
amnesty international: Gruppe Bacharach, c/o. Reiner Engelmann, Kirchstr. 7 , 6531 Oberdiebach, 06743/6217
ARBEITSGEMEINSCHAFT BURG WALDECK:
Burg Waldeck, 5449 Dorweiler, 06762/7997

HUNSRÜCK-FORUM- ZEITSCHRIFT FÜR DEMOKRATIE & FRIEDEN :
Postfach 451, 654 Simmern,

JUSOS: Hunsrück, c/o Michael Hilken, Rottmannstr. 33, 6540 Simmern, 06761/6012

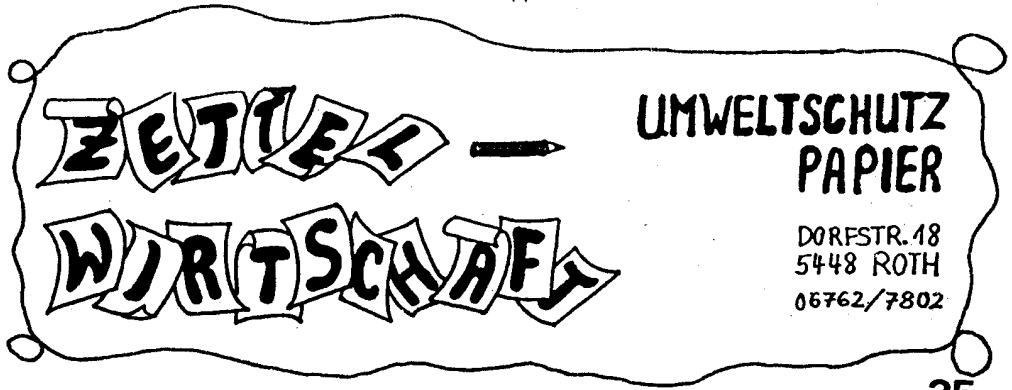
FRIEDENSBÜRO der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe
Hauptstr. 40, 6544 Kirchberg, Tel. 06763/ 3709 (oder 1459)

**Vorläufige Öffnungszeiten:**
Mo 18.00 - 20.00 Uhr
Di 9.30 - 13.00 Uhr
Do 9.30 - 13.00 Uhr +
17.00 - 19.00 Uhr
Sa 10.30 - 14.00 Uhr

**Bankverbindung:** Volksbank Kirchberg,Ko-Nr.:1013591, BLZ: 560 614 72

TERMINE DER FRIEDENSSTAMMTISCHE

BOPPARD-BAD SALZIG:
montags, 14-tägig, "Hotel Kasper",
RHEINBÖLLEN:
Montag, 20.oo Uhr, "Altentagesstätte"
STROMBERG:
14-tägig, Montags 20 Uhr, Stromberg, bei "Lief"
EMMELSHAUSEN:
Dienstag, 19 Uhr, Hotel "Zur Galgenhöhe"
BIEBERTAL:
14-tägig, Freitag 20 Uhr, "Gasthaus Emmel" (in Hasselbach)
KASTELLAUN:
Montag 20 Uhr, "Schloßhotel", Schloßweg
KIRCHBERG:
Dienstag, 20 Uhr, "Hotel Weber", Marktplatz
ENKIRCH
Montag 20 Uhr, Weinhaus "Sponheimer Hof"
Bingen:
Dienstag, 19.3o Uhr, DRK-Heim, Keppsmühlstr. (Büdesheim)



## PERSÖNLICHE EMPFEHLUNG

**Wenn die Krieger kommen**

**Lock sie aufs Dach der Taube**
**Lock sie ins Nest der Schwalbe**
**Lock sie in die Höhle der Löwin**
**Lock sie in den Wald der Rehe**

**Geh ihnen entgegen**
**Mit offenen Händen**
**voll Brot und Salz**
**Obst und Wein**

**Dass sie sich verlaufen**
**Im Knüppelholz deiner Tugenden**
**Dass sie sich verirren**
**Im Labyrinth deiner Freundlichkeit**

**Mach sie staunen**
**Beschäme ihre Generäle und Präsidenten**
**Lass ihre Handlanger ins Leere laufen**
**Sei eine Tiefebene voll Höflichkeit**

**Dein Gewehr sei die Klugheit**
**Deine Kraft sei die Geduld**
**Deine Geschichte sei die Liebe**
**Dein Sieg sei dein Schweigen**

**So dass sich die Landpfleger sehr verwundern**

Hans-Dieter Hüsch